

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die halbe Spalte 10 Pfennig, die volle Spalte 20 Pfennig, Verlags- und Wohnungsanzeigen 10 Pfennig, auswärtige Anzeigen 50 Pfennig. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 258.

Donnerstag, den 3. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Journalistische Lockspiegel.

In Labiau-Wehlau, dem ostpreussischen Wahlkreis, wo am 2. Dezember die Entscheidung über das Reichstagsmandat fällt, broht den Sunkern eine neue schwere Niederlage. In Elbing, im Herrschaftsgebiete des Sanuschaer Obenbun, erhebt bekanntlich der konservative Verein die Fahne der Rebellion „gegen das Demagogentum des Bundes der Landwirte“, gegen den „rückwärtslos eigenmächtigen demagogischen Charakter des Agrarierturns, der eine Gefahr für die konservative Partei“ sei. In Berlin, in einer Versammlung von 4000 Reichs- und Staatsarbeitern, die gegen die behördliche Knechtung der bürgerlichen Freiheit und gegen die unzureichende Entlohnung protestierten, versucht ein Führer der gelben Patrioten, die Politik der Regierung und der konservativen Partei zu verteidigen, doch kaum merkt man die Absicht, da bringt ihn die empörte Masse durch stürmische Zurufe zum Schwelgen.

Holland in Not, wer rettet es?

Da tritt aus der Knappen jagendem Chor August Scherl, Herausgeber des „Lokal-Anzeigers“, des „Tages“, der „Woche“, Ritter hoher Orden usw. usw., August Scherl, der einzige Helfer der Reaktion, der in Berlin noch eine publizistische Macht ist, nicht durch seine Meinung, auf die niemand etwas gibt, sondern durch seine verlogene Berichterstattung, deren wahrer Charakter von hunderttausend deutschen Zeitungslesern noch nicht durchschaut worden ist. Seht will August Scherl zeigen, daß er mehr kann als die Fürsten auf den Jagden zu autotypieren — er kann auch den Staat retten.

Am Sonntag morgen erfährt das ahnungslose Berlin aus dem „Lokal-Anzeiger“, daß es sich mitten in einer Revolution befindet. In baskenblauen Lettern liest es von „schweren Unruhen am Wedding“, die noch bedenklicher sein sollen als die von Moabit. Alles staunt, am meisten die Bewohner des Weddings, die zu 99 Hundertsteln von der Revolution nichts gesehen haben, als ein paar hin und her laufende Schutzleute. Wahrheit ist, daß es vor dem Laden eines Schlächtermeisters, bei dem gestreift wird, zu einem unbedeutenden Krawall gekommen ist, dem man schon übermäßige Ehre erweist, wenn man ihn im lokalen Teil in 25 Zeilen behandelt.

So würde auch die Firma Scherl unter normalen Verhältnissen gehandelt haben. Aber diesmal gilt es, den Staat der preussischen Sunker zu retten, diesmal gilt es, Material für ein Zuchthausgesetz zu schaffen, diesmal gilt es, alle leichtgläubigen und feigen Elemente des Bürgerturns mit Hilfe des roten Schreckgespenstes in den Kessel der reaktionären Sammelpolitik zu treiben — und im Nu verwandelt sich ein kleiner Kadav, durch den sich die Einwohner des von Scherl so genannten „Unruhergebiets“ in ihrem Schlafe nicht stören ließen — zur blutigen Revolution.

Alle halbwegs wahrheitsliebenden Blätter Berlins, alle, die kein Interesse an der politischen Ausschaltung der fagenhaften Vorgänge haben, erklären Scherls Revolutionsberichte für erstunken und erlogen. Das „Tageblatt“ z. B. schreibt:

Die Bewohner des Weddingviertels waren gestern morgen nicht wenig überrascht, als man ihnen schwarz auf weiß mitteilte, in der Reinickendorfer Straße und in der Schererstraße hätten sich Tausende von „Exzediten“ am Abend bis in die tiefe Nacht hinein mit der Polizei herumgeschlagen. Bewohner der genannten Straßen und mehrere Polizeiwachtmänner und Schutzleute, die bei dem angeblichen „Aufruhr“ in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zugegen waren, haben übereinstimmend berichtet, daß Ausläuferungen halbblutiger Rombs, die besonders in den Nächten zum Sonnabend ihr Wesen zu treiben pflegen, zu einer staatsgefährlichen Revolution aufgebaut worden sind.

Die „Volkszeitung“:

Die Ausschreitungen am Wedding, unter dieser blutigen Überschrift in möglichst großer Aufmachung verbreitet ein hiesiges konservativ-agrarisches Blatt Nachrichten über blutige Kämpfe, die in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Norden Berlins stattgefunden hätten. Von schweren Straftatumsulaten kann nach den Aussagen glaubwürdiger Augenzeugen nicht die Rede sein.

Die „Welt am Montag“:

Durch die tendenziöse Sensationsmacherei des „Lokal-Anzeigers“, in dessen Redaktion der bereits gebührend gemürzte Bericht einer Polizeikorrespondenz in der Sonnabendnacht eine wahrhaft beängstigende Revolutionsromantik zur Blüte brachte, ist Berlin am gestrigen Morgen in eine Aufregung verlegt worden, die in keinem Verhältnis zu der Bedeutung der wirklichen

Vorgänge steht. Es scheint, daß man von gewisser Seite glück auf Dinge aus ist, die sich zu Revolutionen freilich zuzulassen.

Die „Zeit am Montag“:

Der „Lokal-Anzeiger“ scheint sich neuerdings zur Aufgabe gemacht zu haben, der Reaktion brauchbares Material zur Begründung von Ausnahmeregeln und ähnlichen volksfeindlichen Maßnahmen zu liefern. Auf dieses liebevollere Bestreben des „Lokal-Anzeigers“ ist es auch zurückzuführen, daß er über die Vorgänge vom Sonnabend eine Darstellung veröffentlicht, deren Verlogenheit mit Händen zu greifen ist.

Trotz der Aufregungen der polizeioffiziösen Lockspiegel blieb das „Unruhergebiet“ in der Nacht zum Montag, wie schon erwähnt, völlig ruhig. Es besteht also die Gefahr, daß die Revolution des August Scherl wie eine Selsenblase platzt und daß der ganze verbrecherische Schwindel entlarvt wird. Was tut aber August der Scharfe? Wieder folgt am Montag morgen, nach ruhig verkaufener Nacht, eine Balkenüberschrift auf der ersten Seite: „Die Unruhen am Wedding“. Da es aber — selber — über „Unruhen“ nichts mehr zu berichten gibt, hilft man sich, indem man von den Ergebnissen einer Polizeikonferenz berichtet, in der Kriegsrat über die Niederwerfung des „Unruhergebiets“ gehalten worden ist. Als Ergebnis wird angekündigt, daß die mit Karabinern bewaffneten Polizisten, falls blanke Klinge nichts mehr ausrichten können, sich zu je dreißig Mann auf Kommando plat auf den Boden legen und Salven zu je 10 Schüssen auf die Beine der Exzediten abgeben werden. Sollte auch das nichts helfen, sollen Salven zu 20 Schüssen abgegeben werden, und hätte auch dies keine Wirkung, so sollten größere Massen zusammengezogen werden, um gegen die Menge ein Scherlscheuer zu eröffnen.

So ist denn durch Scherl das Selbe getan, auf das es am Wedding „hoffentlich“ doch noch zu ernstern Ergebnissen kommt. Denn daß durch diese verbrecherische Art der Berichterstattung große Massen der Bevölkerung in eine an sich ganz unmotivierte Erregung hineingetrieben werden müssen, ist ganz selbstverständlich.

Wir wissen nicht, wie weit die persönliche Verantwortung des August Scherl reicht für das unerhörte Treiben, das er mit dem Namen seiner Firma deckt. Wir sprechen es aber im vollen Bewußtsein der Tragweite einer solchen Beschuldigung aus, daß die Leute, die dieses journalistische Lockspiegelmanöver einleiteten und durchführten, gehandelt haben wie Verbrecher, die kaltblütig mit Menschenleben spielen. Die Scharfmacher der „Deutschen Tageszeitung“, der „Post“, der „Berliner Neuesten Nachrichten“, die sich jetzt wieder wie auf Kommando nach Ausnahmeregeln und Belagerungszustand den Hals helter schreien, sind immer noch eine verhältnismäßig reinliche Gesellschaft, gemessen an diesen blutrünstigen Scherl-Schmucks, die in der Biedermannsmaske objektiver Berichterstatter, die Berliner Arbeiter vor die Karabiner und das deutsche Volk in eine Aera Stotypin treiben wollen.

Hier kann man wieder einmal erkennen, daß nicht selten diejenige Presse die arbeiterfeindlichste ist, die sich selber die „unparteiliche“ nennt!

Politische Rundschau

Deutschland.

Die zweite Lesung der Strafprozessordnung

Soll im Laufe der nächsten Woche in der Kommission zu Ende geführt werden. Die Feststellung des Berichts könnte sonach noch vor Wiederzusammentritt des Reichstags erfolgen und die zweite Lesung im Plenum wäre, wenn es sonst die Geschäftsliste erlaubt, vor Weihnachten noch möglich. Wahrscheinlich aber werden diese Verhandlungen bis nach Neujahr hinausgeschoben, da immerhin ziemlich umfangreiche Debatten zu erwarten sind.

Noch ein Wahlfonds.

Der „Bund der Festbesoldeten“ erläßt in den „Deutschen Nachrichten“ einen Aufruf zur Sammlung für einen Wahlfonds. Der Bund will mit diesen Geldmitteln erreichen, daß das Programm der Festbesoldeten von möglichst vielen Kandidaten anerkannt wird. Vermutlich wird auch versucht werden, einem der Leiter des Bundes eine Reichstagskandidatur zu verschaffen.

Wahlrechtsverschlechterung in Schwarzburg-Rudolstadt.

Dem Rudolstädter Landtag, den die Regierung zum 7. November einberufen hat, wird eine Regierungsvorlage auf Abänderung des Wahlrechts der Höchstbesteuerten zugehen, die für die allgemeine Wählerklasse eine wesentliche Verschlechterung bedeutet.

Bisher bestand der Landtag aus 12 Mandaten der allgemeinen und aus 4 Mandaten der Höchstbesteuerten Wählerklasse. Zur letzteren gehören alle Wähler, die mindestens 120 Mk. jährliche Staatssteuer bezahlen. Am Landtag sitzen gegenwärtig außer den 4 Höchstbesteuerten noch fünf Angehörige dieser Wählerklasse, die in den allgemeinen Wahlen ein Mandat erhielten, sodas die Höchstbesteuerten in Wirklichkeit nicht 4, sondern 9 von 16 Mandaten haben. Die Regierung will nun in Zukunft für die Höchstbesteuerten-Wählerklasse den Steuerfuß von 120 auf 300 Mark erhöhen, damit die Wählerzahl der Höchstbesteuerten vermindern und eine ganze Anzahl Wähler in die allgemeine Wählerklasse abschieben, trotzdem daß jetzt schon 850 Höchstbesteuerte 4 Abgeordnete, 17 000 Wähler der allgemeinen Klasse aber nur 12 Abgeordnete wählen konnten. Man glaubt durch diese Maßnahmen vereinfacht zu können, daß unserer Partei bei der nächsten Landtagswahl mindestens die Hälfte aller Mandate zufällt, die wir bei der vorletzten Wahl bereits besaßen. Unsere Genossen kündigen gegen diesen Wahlrechtsverschlechterungsversuch den Kampf mit allen Mitteln an. In der verfloffenen Legislaturperiode haben sie einen ähnlichen Coup dadurch unmöglich gemacht, daß sie bei der Abstimmung den Saal verließen und dadurch die Annahme der Vorlage unmöglich machten, da mindestens drei Viertel aller Abgeordneten bei einer Wahlgesehänderung anwesend sein müssen. Wenn die Regierung sich nicht noch eines Besseren besinnt und die Vorlage wieder zurückzieht, wird unseren Genossen als ultima ratio nur die Obstruktion bleiben.

Um über den Dalles in den Landesfinanzen hinwegzukommen, will die Regierung ferner eine Kapitalrente einführen und die Einkommen über 3000 Mk. etwas höher als bisher besteuern. Die hieraus fließende Mehreinnahme wird auf 75 000 Mk. pro Jahr geschätzt. Mit einer Entlastung der ärmeren Bevölkerungsschichten oder an eine Reform des reaktionären Gemeinbewahlgesezes hat die Regierung für die kommende Session nicht gedacht.

Nationalliberale in konservativer Beleuchtung.

Abg. v. Heydebrandt hat auf der konservativen Landesversammlung in Stuttgart eine Rede gehalten, in der er sich in folgender Weise über die Nationalliberalen ausließ:

„Das augenblickliche Zerwürfnis mit den Nationalliberalen ist ebenfalls zu bedauern. Eigentlich ist ein Bündnis mit einer Partei, die einen so großen Teil des Bürgerturns in sich schließt, für uns etwas Naturgemäßes. Viele meinen auch, der Gegensatz zwischen Nationalliberalen und Konservativen sei gar nicht so sehr groß. Das ist nun nicht so einfach zu beantworten. Denn man weiß offiziell nie so recht, was eigentlich die Nationalliberale Partei will. Sie brüstet sich mit ihrer geschworenen Feindschaft gegen die Sozialdemokratie, geht aber in Baden nicht nur bei den Wahlen, sondern auch bei der gesetzgeberischen Arbeit im Parlament mit diesen brüderlich Arm in Arm! Sie ist offiziell für Schutzpolitik, liebäugelt aber doch immer mit den freihändlerischen Freisinnigen. Bald rechts, bald links, bald wieder weder rechts noch links — das versteht der konservative Bestand nicht.“

Herr v. Heydebrandt hat mit dieser Kennzeichnung der Nationalliberalen völlig recht!

„Fort mit dem Pessimismus!“

Auf diesen Ton ist ein aus Berlin stammender Leitartikel der hochkonservativen „Schlesischen Zeitung“ gestimmt. Das Blatt erörtert die Ausichten der kommenden Reichstagsession und verlangt von der Regierung, daß sie alles vermeiden müsse, was den Zweifelpalt innerhalb der bürgerlichen Parteien vergrößern könne. Das sei namentlich bei der Einbringung neuer Gesetzesvorlagen zu beachten. Dann tritt das Blatt den liberalen Parteien entgegen, die heute schon damit rechnen, daß die Sozialdemokratie es auf mindestens 120 Mandate im neuen Reichstage bringen werde. Das Blatt führt aus:

„Es ist mehr als ein Fehler, es ist eine Torheit, wenn von liberaler Seite die Sammlung der bürgerlichen Parteien bekämpft und auf der anderen Seite Schwarzmalerei betrieben wird. Was soll es denn heißen, daß der Sozialdemokratie fortwährend vorgerechnet wird, sie werde bei den nächsten Reichstagswahlen zahlreiche Mandate erobern? Will man denn ein solches Ergebnis mit Gewalt herausfordern? Will man die eigene Wählerschaft entmutigen und die Sozialdemokraten zu besonderer Tatkraft anspornen? Für den bevorstehenden Wahlkampf liegen die Verhältnisse wäherlich nicht so trostlos, daß ein verärgertes Pessimismus angebracht wäre.“

Nach den Darlegungen der „Schlesischen Zeitung“ kommt es hauptsächlich darauf an, die Partei der Nichtwähler zu gewinnen und sie an die Wahlurne zu bringen, dann set eine größere Zahl sozialdemokratischer Siege so gut wie völlig ausgeschlossen. Deshalb müßte die Arbeit des Reichstages auch so eingerichtet sein, daß die Partei der Nichtwähler wieder für die bürgerlichen Parteien an die Wahlurne tritt.

Gelegenheit zum Sparen.

Herrn v. Riederlen-Wächter, dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen, ist die Gelegenheit geboten, zu beweisen, ob auch er den Sparamtsdrang in sich fühlt, der heute so vielen Ministern und Staatssekretären nachgerührt wird. Der deutsche Gesandte in Montenegro nimmt seinen Abschied und wird demnächst Letzins verlassen. Das könnte der neue Staatssekretär zum Anlaß nehmen, diesen Posten nicht mehr zu besetzen. Das Deutsche Reich hat dort weder Handels- noch politische Interessen zu vertreten; womit sich der Gesandte dort die Zeit verstreift, kann man sich nur sehr schwer erklären, und wenn im diplomatischen Dienst irgend ein Posten ohne weiteres gestrichen werden kann, so ist es der eines Gesandten in Montenegro.

Eine preussische Leg. Sänge.

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß dem preussischen Landtag ein Gesetzesentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen unterbreitet wird. — Wir halten das für eine leere Kombination, denn diese Art Gesetzgebung ist Sache des Reiches. Daß das preussische Landparlament ein gepfeffertes Zuchtgesetz beschließen würde, wäre allerdings sehr glaubhaft.

Graf Westarp wird abgesetzt.

Der frühere Polizeipräsident von Schöneberg, Graf Westarp, ist in einer Nachwahl als Vertreter des Wahlkreises Meieritz-Bornitz gewählt worden. Seit seinem Eintritt in den Reichstag stand er immer bei dem reaktionärsten Flügel, ein eifriger Gehilfe der Kretsch und Oldenburg-Samischau. Seine Tätigkeit in der Steuerkommission dürfte noch allgemein in Erinnerung sein. Trotzdem dürfte er in seinem Wahlkreis nicht wieder aufgestellt werden. Konservativ und Liberale wollen dort gemeinsam vorgehen, und die Konservativen wollen in ihrer Organisation den Liberalen den dritten Teil der Vorstandsstelle einräumen, wenn sie auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten. Die Liberalen haben sich damit einverstanden erklärt, aber die Bedingung daran geknüpft, daß Graf Westarp nicht wieder als Kandidat nominiert werden darf. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Konservativen damit einverstanden sind. Andernfalls stellen die Liberalen einen eigenen Kandidaten auf, womit dann der Wahlkreis sicher in die Hände der Polen kommt.

Wie Herr v. Tirpitz spart.

Die Scherl-Presse ist in der Lage, einiges aus dem Etat der Marineverwaltung mitzuteilen. Die fortwährenden Ausgaben werden eine Mehrausgabe von etwa zehn Millionen Mark erforderlich machen. Für die deutsche Flotte in Wien soll der Posten eines Marine-Attachees geschaffen werden. Trifft das zu, so wäre das eine Ausgabe, die unter allen Umständen sofort gestrichen werden muß. Offenbar handelt es sich darum, irgend eine prominente Persönlichkeit in nähere Beziehung zum Wiener Hof zu bringen, denn was ein Marine-Attachee bei der Flotte in Wien machen soll, das dürfte selbst Herr v. Tirpitz dem Reichstage schwer klar zu machen in der Lage sein. — Die Steigerung der Ausgaben wird auch darauf zurückgeführt, daß mehr Unterseeboote beschafft werden sollen. In letzter Zeit ist gerade von marineteknischer Seite der Wert der Unterseeboote sehr abfällig beurteilt worden, und es ist deshalb einigermaßen erstaunlich, daß trotzdem die Unterseeboote bei der deutschen Marineverwaltung noch vermehrt werden sollen. Ferner soll auf Helgoland eine Offizierskasernenstadt gebaut werden. Sedenfalls eine Forderung, die im Interesse der Landesverteidigung als geradezu „unabweisbar“ bezeichnet werden dürfte. Allem Anschein nach wird der Sparamtsdrang des Herrn v. Tirpitz ein gehöriges Stück Geld verschlingen.

Finanzielle Schönfärberei.

Herr Bermuth, der gegenwärtige Schatzsekretär, ist ein moderner Mann, wenigstens insofern, als er den Wert der Presse für eine gewisse Stimmungsmache zu schätzen weiß. Nach der Übernahme des Schatzamtes durch Bermuth ist anscheinend seine erste Arbeit die Einrichtung eines Pressebureaus gewesen, das der Welt in fast täglich hinausgehenden Notizen verkünden muß, wie rühmig im Schatzamt gearbeitet werde, wie so glänzend die Finanzen stehen und wie der neue Schatzsekretär endlich die ersehnte Ordnung bringen werde. Aus dem neuen Etat läßt das Schatzamt jetzt mitteilen, das der ordentliche Etat in Einnahme und Ausgabe mit rund zwei Milliarden 700 Millionen Mark abschließen werde. Bei der Post werden die Überschüsse mit rund 71½ Millionen, bei der Eisenbahnverwaltung mit 18½ Millionen Mark angelegt. Das sind gegen das laufende Jahr 18½ und 2½ Millionen Mark mehr. Die ungedeckten Matrikularbeiträge werden nach dem Satz von 80 Pfg. für den Kopf der Bevölkerung auf rund 48½ Millionen Mark bemessen sein. Die Schuldentilgungsquote wird von 35½ Millionen Mark auf 90 Millionen Mark anwachsen und der Anleihebedarf 100 Millionen Mark nicht übersteigen; also hinter dem laufenden Jahre um 70 Millionen Mark zurückbleiben. Im Kolonialetat sollen die Reichszuschüsse 25½ Millionen Mark betragen, gegen das laufende Jahr also eine Verringerung von 3½ Millionen Mark erfahren. Sichtlich sei beabsichtigt, den Schatzamtskredit von 450 auf 375 Millionen herabzusetzen.

Das sieht alles wunderbar ruhig aus; aber man wird doch gut tun, all diesen offiziellen Schönfärbereien mit größter Vorsicht zu begegnen. Nicht nur Bilanzen und Etats können spärlich werden. Und man braucht für die Reichslagsarbeiten zur Verteidigung der Finanzreform einen schon sehr besetzten Etat.

Die Willkür der Staatsanwaltschaft.

Welche nach den neuen Bestimmungen des Regierungsentwurfs zur Strafprozessordnung in dem öffentlichen Angelegenheiten eine ganz unbegrenzte werden soll, wurde auch in der zweiten Lesung vor der Justizkommission in der Mitteilung anerkannt und im Gesetz festgesetzt.

Nach dem Regierungsentwurf sollte die Staatsanwaltschaft das Recht haben, bei „geringfügigen“ Sachen eine Anzeige nicht weiter verfolgen zu lassen. In der ersten

Lesung schränkte die Kommission diese unbegrenzte Willkürbestimmung insofern ein, als die Unterlassung einer Anklageerhebung an die Zustimmung des zuständigen Gerichts gebunden sein sollte. Da der Regierungsentwurf diese Schranke, welche der § 155 a der Strafprozessordnung der Staatsanwaltschaft zog, sehr unbedeutend war, beantragten Konservative und Nationalliberale die Streichung der „Zustimmung des zuständigen Gerichts“. Während in erster Lesung nur mit 2 Stimmen Mehrheit die Durchschiebung des Legalitätsprinzips für die Staatsanwaltschaft beschlossen wurde, fanden sich in der zweiten Lesung 16 Stimmen, die auch noch die „Zustimmung des Gerichts“ wollten, jedoch im Effekt die Regierungsvorlage wieder hergestellt wurde. Umgefallen gegenüber der Abstimmung in erster Lesung sind die Polen und die Mehrheit der Zentrumsabgeordneten, die denn auch alle Verbesserungsanträge ablehnten. — Ebenso wurden auch alle zu den anderen Punkten gestellten Anträge, die eine Verbesserung der Vorlage bezweckten, abgelehnt. So fielen alle von unseren Genossen formulierten Anträge, die einen weiteren Schutz der Verdächtigen vor Anzeigen und Mißverständnissen bei polizeilichen Vernehmungen gewähren sollten. Ebenso lehnte die Kommission einen polnischen Antrag ab, bei Lokalaufnahmen vereidigte Photographen hinzuzufügen.

Darin bleibt sich die Kommission unerschütterlich treu: Fortgesetzt werden die geringen Verbesserungen, die in erster Lesung beschlossen wurden, wieder verschlechtert oder gestrichen. Für alle „Anregungen“, welche die Regierungsvertreter in dieser Beziehung geben, finden sich nationalliberale oder konservative Antragsteller. So genügt den Konservativen auch die Abweisung der Regierung gegen den in erster Lesung verbesserten § 182 über die Voruntersuchung, um zu beantragen, die in erster Lesung beschlossene Bestimmung, daß in Verbrechenfällen, die vor der Strafkammer zur Aburteilung kommen, eine Voruntersuchung stattfinden muß, wieder zu streichen. Das wurde angenommen. Für diese Verschlechterung stimmten Nationalliberale, Konservative, Polen und Freisinnige. — Es geht tüchtig rückwärts!

Eine Finanzierung der Bildungs-Veranstaltungen.

wird in Fürth in B. durchgeführt, die auch für andere Orte nicht ohne Interesse ist. Kleinere Städte werden mit Geldschwierigkeiten zu rechnen haben, weshalb entweder die gewollten Veranstaltungen nicht durchgeführt werden können, oder einzelne Faktoren zu schwer belastet werden. In Fürth beschloß nun das Gewerkschafts-Kartell, an jedes der 10 000 gewerkschaftlichen Mitglieder eine Karte für 10 Pfg. abzugeben, die zu freiem Eintritt bei allen Bildungsveranstaltungen berechtigt. Von den Mitgliedern wird erwartet, daß jedes eine solche Karte für 10 Pfg. kauft, was wohl un schwer eintreffen wird, da schon bei dem Besuch einer einzigen Veranstaltung die geringe Ausgabe ausgeglichen ist. Durch diesen Kartenerwerb gehen 1000 Mark ein, ein größerer Beitrag, als er bisher aufgewandt werden konnte. Damit wird manche Veranstaltung mehr auf das Programm gesetzt werden können. Es wird aber auch der Besuch der Veranstaltungen ein besserer werden. Für diejenigen, die ihre Karte nicht schon durch die Organisation erhalten, werden bei den Veranstaltungen Karten ausgegeben.

Die Moabit Prozesse.

Die Absicht der Staatsanwaltschaft, die vor das Landgericht verwiesenen Angeklagten vor die Strafkammer des Landgerichtsdirektors Lieber zu bringen, ist bekanntlich gescheitert. Nun erst rückt aber die Staatsanwaltschaft mit ihrer eigentlichen Absicht heraus; wie nämlich dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, ist den Angeklagten ein Schriftsatz zugegangen, durch den die Prozesse ein politisches Gepräge erhalten. Die Staatsanwaltschaft stellt in dem Schriftsatz die ungeheuerliche Behauptung auf, daß die Vorkommnisse in Moabit von der sozialdemokratischen Partei organisiert sind. Sie stützt sich für diese Auffassung darauf, daß in Moabit dieselben Rufe gehört wurden, wie bei den Wahlrechtsdemonstrationen; ferner auf einen Artikel des „Vorwärts“, in dem gesagt war, wenn sich die Polizei an die sozialdemokratische Parteileitung gewandt hätte, dann wäre die Ruhe schneller als durch Säbelhiebe wieder hergestellt worden. — Anlässlich der Wahlrechtsdemonstrationen ist bekanntlich festgestellt worden, daß sich unter der Menge Polizeispitzel befanden — einer wurde sogar durch die Polizei verletzt —, welche laute provozierende Rufe ausgestoßen haben. Es darf wohl als sicher angenommen werden, daß auch unter der Menge, die in Moabit von der Polizei attackiert wurde, sich derartige Nichtgenügensbefunden haben, die sich dort in derselben Weise aufgeführt wie damals, als sie sich unter die Wahlrechtsdemonstranten mengten. So viel kann jetzt allerdings schon gesagt werden, daß der Staatsanwalt mit der Behauptung, daß die Vorkommnisse von der sozialdemokratischen Partei organisiert waren, einen glänzenden Reinsfall erleiden wird.

Frankreich.

Briand schiffte die unbehaglichen Kollegen an. Nach Schluß des gestrigen morgen abgehaltenen Ministerrates überreichte Ministerpräsident Briand im Elysee dem Präsidenten Fallières die Demission des Ministeriums. Selbstverständlich wird Briand mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut und sucht sich dann solche Mitarbeiter, die seinen diktatorischen Gesellen nicht im Wege stehen. Vor dem Ministerrat ließ Briand durch die offiziöse Agence Havas verkünden, er habe sich bisher nur mit der Demission des Ministers Ruan befaßt. Viviani betrachte sich als solidarisch verantwortlich für alle Maßnahmen des Kabinetts. Trotzdem gelte sein Rücktritt als sehr wahrscheinlich. Viviani würde gern jeder gesetzgeberischen Maßnahme zur strengeren Unterdrückung der Sabotage oder einer etwaigen Anreizung zur Sabotage zustimmen, aber jeder Beeinträchtigung des Streikrechts und jeder ernstlichen Änderung des Syndikatsgesetzes sich widersetzen; er soll ziemlich geneigt sein, unter diesen Umständen

zurückzutreten. Die Möglichkeit einer gleichzeitigen Vakanz des Landwirtschafts- und Arbeitsministeriums wird bereits eine ziemlich heikle Frage auf, doch könnte diese immerhin verhältnismäßig leicht gelöst werden. Man muß aber auch die Möglichkeit einer Neubildung des Kabinetts ins Auge fassen, welche in parlamentarischen Kreisen abends als die wahrscheinlichere zu gelten schien. Es ist aber möglich, daß Ministerpräsident Briand dazu geführt wird, die Notwendigkeit einer Neubildung anzuerkennen. In diesem Falle müßten die Minister demissionieren, um dem Präsidenten der Republik freie Hand zu geben.

Gestern um 7¼ Uhr abends lag folgende Ministerliste vor: Inneres: Ministerpräsident Briand; Staatssekretäre im Ministerium des Innern: Guithau, Finanzen: Klog, Unterricht: der bisherige Unterrichtsminister Doumergue, Ackerbau: Jean Dupuy, Ministerium für die Kolonien oder die Justiz, was noch unbestimmt ist; Monts, Arbeits- oder Handelsministerium: Laferte. Außerdem werden noch folgende Namen genannt: Raynaud, Rouleux und Puch.

Das Programm des neuen Kabinetts wird im wesentlichen folgende Hauptpunkte enthalten: Den Staatsbeamten und Staatsangestellten soll das Streikrecht unbedingt aberkannt werden, die Vereinigung der Berufsvereinigungen zu Verbänden revolutionären Charakters soll bekämpft und die Macht der roten Arbeiterverbände gebrochen werden. In kirchlichen Angelegenheiten wird das neue Ministerium die Wünsche der Combisten erfüllen. Die auswärtige Politik bleibt unverändert. Es ist also hieraus zu ersehen, daß das neue Ministerium Briand ein äußerst reaktionäres sein wird.

Spanien.

Verdächtig! Bößlich kommen aus Spanien nach einander mehrere offiziöse Depeschen, alle des Inhalts: Die auswärtigen umlaufenden Gerüchte von Unruhen, die in Spanien und besonders in Barcelona ausgebrochen seien, sind gänzlich unbegründet. In allen Provinzen herrscht vollständige Ruhe. Nur lesen aber „auswärts“ gar keine Gerüchte von Unruhen und Weshalb also das Dementi? Auch der spanische Botschafter in Paris mußte erklären, daß ihm von einer Revolution in Spanien nichts bekannt sei.

Eine Meldung des internationalen Bureaus der Telegraphenverwaltungen in Bern besagt: Das Rabel Marseille-Barcelona ist unterbrochen.

Nach alledem liegt die Vermutung nahe, daß in Spanien erste Dinge vorgekommen sind. Daß die portugiesische Revolution nicht ohne Einfluß auf das Nachbarland bleiben würde, lag ohnehin auf der Hand. Inzwischen verzeichnete der „Daily Telegraph“ in seiner gestrigen Ausgabe das Gerücht, daß in Madrid eine Revolution ausgebrochen sei. Eine Bestätigung dieser Meldung von anderer Seite liegt bis jetzt nicht vor.

Eine Pariser Depesche besagt ferner: Aus Madrid wird gemeldet, daß wegen antimilitaristischer Reden vier Personen verhaftet wurden, darunter Universitätsprofessor Ovejero und der Präsident des sozialistischen Jugendbundes, Blosques. Die Verhafteten werden beschuldigt, die Soldaten zum Ungehorsam aufgereizt zu haben, für den Fall, daß ein neuer Marokkfeldzug unternommen werden sollte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 3. November.

Die Schließung der Lehrerinnenbildungsanstalt. Folgendes Senatsdekret beschloß gestern den Bürgerausschuß: Nachdem die Bürgerschaft in ihrer Versammlung am 19. September d. J. zwar dem Antrage des Senates auf Aufhebung der Lehrerinnenbildungsanstalt und Errichtung eines vierklassigen Volksschullehrerinnenseminars zum zweitenmal grundsätzlich zugestimmt, dagegen bezüglich der Zusammenlegung des Lehrerkollegiums sowohl den Antrag des Senates als auch andere Vorschläge aus ihrer Mitte abgelehnt hat, hat die Oberschulbehörde empfohlen, von der weiteren Verfolgung dieser Vorlage Abstand zu nehmen; die Lehrerinnen-Bildungsanstalt zu Ostern 1913 zu schließen und zu diesem Zeitpunkte die auf die Ausbildung von Lehrerinnen bezüglichen Bestimmungen des Unterrichtsgesetzes aufzuheben. Der Senat tritt dem Standpunkte der Oberschulbehörde bei und beabsichtigt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: 1. daß die Lehrerinnen-Bildungsanstalt nach vollendeter Ausbildung der gegenwärtigen Schülerinnen, d. i. zu Ostern 1913, geschlossen werde; 2. daß zum 31. März 1913 der Art. 85 des Unterrichtsgesetzes vom 20. Oktober 1885, soweit er sich auf die Ausbildung der Lehrerinnen bezieht, und der Artikel 37 des gleichen Gesetzes aufgehoben werde; Nach erfolgter Mitgenehmigung wird der Senat die Oberschulbehörde anweisen, von Ostern 1911 ab neue Schülerinnen nicht mehr aufzunehmen. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage durch die Bürgerschaft. — Dies sind die bedauerlichen Folgen davon, daß mit freisinniger Hilfe die Vorlage betr. die Errichtung eines Lehrerinnenseminars unter weiblicher Leitung, zu Fall gebracht wurde.

Die Schaffung von Arbeiterwohnungen in der Nähe der Kochschen Werft will der Senat dadurch fördern, daß er einen Plan für den Ausbau der verlängerten Lützenstraße und des Glashüttenweges sowie eine Verbindungsstraße zwischen beiden ausarbeiten ließ und im besonderen Bauvorschriften erläßt, nach welchen die dort zu erbauenden Häuser nur zwei Obergeschosse haben dürfen. Das Dachgeschoss darf nur einzelne Wohn- und Schlafzimmern erhalten und auch diese nur, wenn sie zu einer unteren Wohnung gehören und ihre Grundfläche die Hälfte der Grundfläche des ganzen Gebäudes nicht übersteigt. Die Vorlage wurde vom Bürgerausschuß an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen. Da es sich um die Errichtung von Arbeiterwohnungen handelt, so ist die der Bürgerschaft natürlich die Vertretung der Arbeiter von der Teilnahme an den Arbeiten der Kommission aus.

Über die Wohnungsfrage im Jahre 1909. Der Bericht der Behörde für Wohnungsfrage zeichnet sich wieder, wie schon früher, durch eine bemerkenswerte Kürze aus. Wir meinen, die eminente Wichtigkeit der Wohnungsfrage würde eine umfangreichere und eingehendere Berichterstattung nicht

Ein gefährlicher Vorschlag auf dem Arbeitsnachweis-Kongress.

Das Problem des Arbeitsnachweises haben die organisierten Arbeiter von jeher zum Gegenstand ihres lebhaftesten Interesses gemacht. Ihre Auffassung über die geeignete Form desselben hat im Laufe der Zeit eine recht interessante Entwicklung durchgemacht. Der stetige Umschwung der Meinungen kommt in den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse zum Ausdruck. In Berlin (1896) wurde noch jede Beteiligung an den öffentlichen Arbeitsnachweisen strikte abgelehnt. Nach der in Frankfurt (1899) angenommenen Resolution wurde die Teilnahme unter gewissen Voraussetzungen gestattet. Allgemein vorherrschend war aber noch immer die Meinung, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Verkäufer der Ware Arbeitskraft gehöre. Seitdem hat sich die Wandlung weiter vollzogen, nach der Richtung hin, daß die Gewerkschaften heute fast ausnahmslos und rückhaltlos für gemeinnützige, partiellisch verwaltete Nachweise eintreten. Diesen Umschwung der Stellungnahme gegenüber der Institution des Arbeitsnachweises haben die Unternehmer vielfach dahin ausgelegt, daß die Gewerkschaften nunmehr auf Umwegen zu erreichen suchten, was sie anders nicht hätten durchsetzen können. Nämlich die ausschließliche Beherrschung des Arbeitsmarktes und die Dienstvermittlung dieser Einrichtungen für ihre, das heißt der Arbeiter Interessen. Wäre dies der Fall, wir bräuheten die Gewerkschaften deshalb wahrlich nicht zu entschuldigen; es ist das gute Recht, nein, die Pflicht der Gewerkschaften, die berechtigten Interessen der Arbeiterkraft mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern.

Auf dem Arbeitsnachweis-Kongress, der am 27. und 28. Oktober in Breslau tagte, wurde bei dem Punkte: Einseitige Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Nachweise auch die Frage der Parität in der Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise mit erörtert. Dr. Reßler und Regierungsrat Dominicus (Straßburg) referierten hierüber. In der Diskussion stimmten die zahlreich vertretenen Generalsekretäre der Arbeitgeberverbände bewegliche Klagen an. Die organisierten Arbeiter verstanden es ausgezeichnet, ihren Einfluß auch in den öffentlichen Arbeitsnachweisen auszuüben; sie seien eifriger, hätten mehr Zeit. Den großen Industrie-Kapitänen, die so schon einen erheblichen Teil ihrer kostbaren Zeit dem Interesse des Gesamtwohls opfereten (?), könne man nicht zumuten, täglich ein paar Stunden auf dem Nachweis zu sitzen.

Die Herren Generalsekretäre, deren Aufgabe es ist, die Theorie des absoluten Herrtums juristisch und ethisch zu begründen, brauchen ja nicht begreifen oder dürfen es doch nicht zugeben, daß diese Wandlung in der Auffassung gegenüber den Arbeitsnachweis-Institutionen nur eine Folge ist der Entwicklung, die die Gewerkschaften durchgemacht haben. Die reale Macht der Gewerkschaften ist derart gewachsen, daß sie heute ihre Forderungen nicht mehr auf dem Umwege der Arbeitsnachweise durchzusetzen brauchen. Sie haben die Unternehmer gezwungen, auf Tarifverträge einzugehen, durch die meist auch der Nachweis eine Regelung erfährt.

Das Vertrauen der Arbeiter zu den öffentlichen Nachweisen nun steht und fällt mit dem Verhalten dieser Institutionen bei Streiks und Aussperrungen. Bei den meisten dieser Nachweise besteht zurzeit die sogenannte „Streikklausel“, wonach bei einem Streik die Tätig-

keit der Nachweistelle wohl aufrecht erhalten wird, aber der Beamte hat die Arbeitsuchenden von dem Bestehen der Differenzen in Kenntnis zu setzen. Damit sind die Unternehmer natürlich nicht einverstanden, und sie berufen sich mit Vorliebe auf die Streikklausel, wenn sie ihre Gegnerschaft gegen die öffentlichen Nachweise zu begründen haben. Wohl um den Widerstand der Arbeitgeber zu überwinden, stellten die beiden Referenten übereinstimmend die These auf, es bestehe heute bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen die Parität noch nicht, es sei vielmehr nötig, den Arbeitgebern auch die Namen der Streikenden mitzuteilen. Nur so könnten beide Interessentengruppen Vertrauen zu dem Nachweis haben.

Es wird nicht möglich sein, im Rahmen eines kurzen Zeitungsartikels diesen Gegenstand erschöpfend zu behandeln; so viel steht fest, daß die Arbeiter niemals auf eine solche Parität eingehen könnten. Das ist hyperparteilich, das ist die Neutralität der preussischen Regierung, die russische Fiktion, die nicht ausweist, sondern sie „nur“ bis an die russische Grenze bringt, wo sie in die Arme der russischen Sendarmen fallen müssen. Das ist Parität etwa nach dem Grundsatz: Mag die Welt zugrunde gehen, wenn nur die Gerechtigkeit gerettet ist. Die Unternehmer haben dann nicht mehr nötig, schwarze Listen zu führen, diese Bemühung nimmt ihnen der öffentliche Arbeitsnachweis ab. Auf diese Weise wird die Parität zu einer Art Festschlag, dem schließlich auch die Wohlfahrt Laufender von Arbeitern geopfert werden muß. Die Herren vergessen dabei ganz, daß eine wirkliche Parität schon auf der untersten Basis fehlt. Der einzelne Unternehmer hat ungleich viel mehr wirtschaftliche Macht, als der einzelne Arbeiter. Diese können erst durch die Organisation, oft auch nur ungenügend, dem Einfluß des einen Unternehmers ein Gegengewicht bieten. Schließen sich die Unternehmer zu einer Organisation zusammen, so haben sie wieder einen bedeutenden Vorsprung vor den Arbeitern. Die automatische Anwendung der Parität ist darum nicht ohne weiteres anwendbar, wenigstens dann nicht, wenn man den Arbeitern als den wirtschaftlich Schwächeren dienen will. Die ganze soziale Gesetzgebung beruht auf dem Gedanken, daß der wirtschaftlich Schwache geschützt werden müsse.

Die partiellisch verwalteten öffentlichen Arbeitsnachweise sind bisher von der organisierten Arbeiterkraft in jeder Weise gestützt und gefördert worden. Sie ist die Trägerin dieser Institutionen gewesen, entzieht sie ihnen ihr Vertrauen, so werden diese Einrichtungen ein erheblich Teil ihrer Bedeutung verlieren. Von den anwesenden Vertretern der Arbeitnehmer wurde denn auch sofort erklärt, daß mit der Durchführung einer solchen Maßregel das Interesse der Arbeiter an den partiellischen Arbeitsnachweisen vorbei sein werde.

Aus der Partei.

Das Ende eines Hofgägers. Balthasar Cramer, der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Darmstadt und Landtagsabgeordneter für Neu-Hessenburg-Langen, hat seinen Austritt aus der Partei erklärt. Bekanntlich legte er vor einigen Jahren sein Reichstags- und Stadtverordnetenmandat nieder, weil streng kritisiert wurde, daß er zur Wahrung seiner Grundstückspekulanteninteressen den Großherzog gegen die Stadtverwaltung angerufen hatte. Seitdem spielte er keinerlei Rolle in der Partei mehr.

Regierungsrat a. D. Martin als Reichstagskandidat. In dem Wahlkreis Lössau-Obersbach (2. sächsischer) soll, wie

die „Dresdener Nachrichten“ zu melden wissen, der bekannte Regierungsrat a. D. Martin von den Liberalen aufgestellt werden. Von unserer Seite kandidiert dort Genosse Krüger. Berlin. Es dürfte außerdem von den Konserativen ein Kandidat nominiert werden. Der Kreis war von 1903 bis 1907 vom Gen. Siedemann im Reichstage vertreten. Bei den Hottentottenwahlen gelang es dem Nationalliberalen Dr. Weber-Löbau, das Mandat zu holen. Er scheint auf eine Wiederaufstellung verzichten zu wollen. Die Trauben sind ihm zu sauer.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf der Schuhmacher in Dresden. Das Schiedsgericht der Schuh- und Schäftefabrikanten hat das Vorgehen der Schuhfabrikanten gebilligt und sich dahin ausgesprochen, daß, wenn die Arbeiter nicht bis Donnerstag früh die Arbeit aufnehmen, eine allgemeine Aussperrung durchgeführt werde.

Tarifabschluß in einer Margarinefabrik. Die Arbeiter der holländischen Margarinefabrik für Gens und Brinzen in Goch, die zum Teil im Fabrikarbeiter- zum Teil im christlichen Nahrungsmittelarbeiterverband organisiert sind, hatten an ihre Firma Lohnforderungen gestellt. Die Verhandlungen, die von beiden Organisationen gemeinsam geführt wurden, hatten für die Arbeiter und Arbeiterinnen einen sehr guten Erfolg. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, laut welchem sämtliche Arbeiter ab 1. November einen Lohnzuschlag von 2,50 Mk. pro Woche und vom 1. Oktober nächsten Jahres ab einen abermaligen Lohnzuschlag von 1,60 Mk. pro Woche erhalten. Bei den Arbeiterinnen betragen die Lohnerhöhungen 1,25 Mk. und 1 Mk. Der Lohn der Arbeiter betrug bisher 16,80 bis 19,20 Mk. pro Woche, für Arbeiterinnen 7,20 bis 9 Mk. Der Mindestlohn für Arbeiter beträgt demnach zurzeit mehr, als vorher der Höchstlohn betrug. Ferner wird für Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 100 Proz. und für Überstunden ein Zuschlag von 25 Prozent bezahlt. Auch sind sonst noch eine ganze Anzahl von Arbeitsverbesserungen erzielt worden, so werden Feiertage, die in die Woche fallen, voll bezahlt. In dieser Bewegung beteiligt waren über 300 Arbeiter und 100 Arbeiterinnen, zusammen rund 400 Beschäftigte. Dieser Erfolg ist umso höher anzuschlagen, da die Organisation noch ziemlich jung ist. Da die holländische Grenze nur eine halbe Stunde entfernt ist, so befand die Gefahr, daß von dort Lohndrücker kommen würden. Der schnelle Abbruch der Bewegung ließ es dazu nicht kommen.

Der Staatsanwalt und die bürgerlichen Handlungsgehilfen. Der antisemitische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband in Hamburg hat den Staatsanwalt auf einige Angestellte des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und des Vereins für Handlungslohnkommis von 1888 gezeugt. Diese Sünder haben nämlich von einem ehemaligen Deutschnationalen Angestellten vertrauliche Druckschriften gekauft, an denen sich der antisemitische Verband das Eigentum vorbehalten hatte. Und das ist sehr schlimm für die Antisemiten, denn ihr vertrauliches Drucksachenmaterial kann das Licht der Öffentlichkeit absolut nicht vertragen. Schon im vergangenen Jahre hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen in der Broschüre „Zur Kritik der Handlungsgehilfenbewegung und ihrer Literatur“ ein ganzes Paket Deutschnationales Geheimmaterial veröffentlicht, das aus den dreizehn Fälschungen und Verleumdungen bestand. Man kann sich den Schrecken der Antisemiten denken, daß nun noch mehr von ihrem Lügenmaterial an einige bürgerliche Handlungsgehilfenverbände gekommen war. Nun entrüstet sich der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband über seine Gegner, die sich nicht scheuen, sein vertrauliches Material zu erwerben und davon Gebrauch zu machen. Aber diese gutgespielte Entrüstung wird den Antisemiten nichts helfen, und auch der Staatsanwalt wird ihren üblen Ruf nicht bessern. Die Sympathie der Öffentlichkeit ist wie in ähnlichen Fällen auf Seiten derer, die den antisemitischen Korruptionsherd aufgedeckt haben.

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Rußlands Revolutionstagen.
Von Friedrich Thieme.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Albert Wiegandt starrte noch einige Augenblicke niedergeschlagen zu Boden, dann richtete er mit einer jähen Bewegung den Kopf mit dem blonden Schnurbarte empor und sagte stolz: „Ich nehme an, daß ich das als Antwort auf meine Werbung zu betrachten habe?“

Der Juwelier schlochte verdirrt einige imaginäre Bissen hinunter und erwiderte dann mit halb abgewandtem Gesicht: „In der Tat, mein lieber Herr Wiegandt — ich hoffe, im übrigen bleibt alles zwischen uns beim alten?“

„Ich weiß nicht, Herr Didier. Vielleicht ist es sowohl für Marguerite als für mich zu schmerzhaft, wenn — eins den anderen — denn es wird nicht zu vermeiden sein — übrigens gedenken Sie ohnehin bald Ihr Geschäft hier aufzulösen — dann —“

„Vom Schmerz der Enttäuschung überwältigt stockte Albert zwischen den einzelnen Sätzen seiner Rede, zuletzt verstummte er gänzlich. Bewegt erfaßte der alte Kaufmann die Hand des jungen Mannes.“

„Gedanken Sie nicht übereilt, mein Freund. Lassen Sie mich meine Worte durch den Kopf gehen, vielleicht finden Sie dann, daß ich recht habe. Wegen Ihrer Zukunft dürfen Sie unbesorgt sein, ich hätte einen so treuen Mitarbeiter nicht vergessen. Sind Sie einverstanden?“

Der Prokurist zuckte die Achseln.
„Ich will versuchen, Ihre Entscheidung vorurteilslos zu erwägen. Vielleicht kommen auch Sie noch zu einem für Marguerite und mich günstigen Entschluß — und Sie müssen dazu kommen, wenn Ihnen das Glück Ihres Kindes am Herzen liegt.“

Der alte Herr brummte einige Worte in den silbernen Bart, indes Albert Wiegandt sich still zu seinem Pulte zurückverfügte. Monsieur Didier verließ gleich darauf das Kontor und ließ sich den ganzen Nachmittag über nicht wieder sehen. Erst wenige Minuten vor sechs Uhr — um welche Zeit der Prokurist sein Lagerwerk beendet hatte — erschien er wieder und sagte, seinem Beamten freundlich auf die Schulter klopfend:

„Bleiben Sie heute lieber hier, Herr Wiegandt. Draußen schneit stürmisch zu. Der ganze Sekretärenplatz, auf dem

Sie wohnen, ist voller Menschen. Eben war der alte Zwan bei mir — Sie kennen ihn ja — der erzählte, er habe kaum passieren können. Und die Polizei überall — und alle Minuten Truppenverordnungen, die wie rasend dahingaloppieren. Man befürchtet jede Minute den Ausbruch. Im Hafen soll es toll hergehen, setzen Sie sich nicht unnötig der Gefahr aus.“

Albert schüttelte trübselig den Kopf.
„Ich fürchte mich nicht, Herr Didier. Ich bin ein Landfremder und gehe ruhig meinen Weg, ohne mich um die An- gelegenheiten Rußlands zu kümmern. Heute bin ich übrigens“ fügte er mit einem melancholischen Lächeln bei, „in einer Stimmung, daß ich mir aus ein bißchen Gefahr nichts mache. Mehr als das Leben kann ja niemand verlieren.“

„Reden Sie nicht so töricht.“ schalt Monsieur Didier ärgerlich. „In Ihrem Alter büßt man mit dem Leben gerade genug ein. Wissen Sie denn, was Ihnen alles Gutes und Großes vorbehalten ist? Wenn ich noch so reden würde — ich mit meinen 62 — aber ich denke nicht einmal so, und erhoffe noch manches Hübsche von der Welt. Na wie Sie wollen — aber nehmen Sie sich in acht. Manchmal — hören Sie,“ unterbrach er sich erschrocken, „da schießen sie schon!“

„Ich habe nichts gehört,“ versetzte der Prokurist, entschlossen nach seinem Gute greifend.
„Nun, wie Sie wollen, rief der Juwelier gekränkt. „Wenn Sie aber glücklich daheim sind, so machen Sie vor Wiederherstellung der Ruhe keinen Versuch, sich wieder zu uns durchzuarbeiten. Ich lasse sogleich den Laden schließen und erst wieder öffnen, wenn wieder Ordnung eingekehrt ist. Man kann nicht wissen, was sich ereignet.“

Albert nickte nur und entfernte sich mit kurzen monotonen Grüssen. Kaum war er fort, so wiederholte sich das Schreien, und bald darauf trachte Schuß auf Schuß. Befürzt eilte der Juwelier ans Fenster. Ein Trupp Arbeiter, von Soldaten verfolgt, stürzte in wilder Flucht vorbei — nach dem Verschwinden der Flüchtigen und ihrer Verfolger sah die Straße wie gekehrt aus — die Anwohner hielten sich in den Häusern versteckt, alle Läden waren geschlossen, und man hätte an Sonntagsruhe glauben können, wenn das unterbrochene Knallen von Schüssen die schände Einbildung nicht gestört hätte.

Unruhig ließ der Geschäftsinhaber seine Blicke rechts und links schweifen — da ward die Tür aufge-

rissen und eine ältliche, blasse, aber noch immer schöne Frau trat hastig herein.

„Daß die Läden schließen, Arnaud“, rief sie aufgeregt. „Ich fürchte, es wird einen blutigen Tag geben. Wer kann wissen, welchen Ausgang er nimmt, wenn die Menschen erst einmal zu den Waffen greifen?“

„Angstige dich nicht, Charlotte — wenn es auch wirklich zum Kampf kommt, ich glaube nicht, daß die Bürger gefährlich sind.“

„Es gibt immer Subjekte genug, die im trüben Fischen, Arnaud, und unter dem Deckmantel der Politik ihre Fische zu fällen streben. Und wenn man in die Läden einbricht, so locket unser Geschäft sicherlich zuerst. Warum folgest du mir auch nicht und brachtest schon längst unser Eigentum in Sicherheit?“

„Warum?“ erwiderte er hastig. „Weil Polizeileutnant Orlow mir die bestimmte Versicherung gab, die Revolution sei überall niedergeschlagen und besonders in Odesa kein außergewöhnlicher Ausbruch mehr zu erwarten. Wenn ich dem auch nicht ganz vertraute — wer konnte aber ahnen, daß es so plötzlich kommen würde?“

Damit eilte er fort, um mit Hilfe der beiden Verkäufer das Geschäft sogleich zu sperren und Fenster und Türen so gut es ging zu verschließen. Frau Didier warf sich schwer atmend in einen Sessel, die ohnehin leidende Frau schloß sich von den schrecklichsten Ahnungen gequält, die düstersten Bilder erstanden vor ihren Augen. Erst nach längerer Zeit erhob sie sich mühsam und stieg die Treppe zur Wohnung hinauf, das Abendbrot für die Familie vorzubereiten.

Ihr Gatte, nachdem er alle Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte, welche die Umstände erzwängten, trat jetzt mit wieder entwäflter Stirn in das Wohnzimmer, in welchem das Mädchen eben den Tisch deckte.

„Da siehst du, Mama, es ist wieder ruhiger draußen geworden. Vielleicht ist alles schon im Reine.“
Das Wort blieb ihm im Munde stecken. Eine furchbare Detonation erschütterte das Haus bis in seine Grundfesten. Einige Fenster scheibeln polterten klirrend ins Zimmer, die Dielen schienen unter den Füßen zu wagen, die Tische, Stühle, und die übrigen Möbel erzitterten wie unter der Wirkung eines Erdbebens. Entsetzt stürzte ein schönes junges Mädchen durch die Tür und warf sich schreiend an die Brust der Mutter.

Ein Vorschlag zur Güte. Einem Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ haben es die hohen Gewerkschaftsbeiträge angefallen. Er hat sogar einen Steinseher entdeckt, der wöchentlich nicht weniger als 6 Mk. Verbandsbeiträge bezahlt, und aus dieser Phantasie heraus macht er folgenden Vorschlag: Es sollte ein Gesetz geschaffen werden, das den Arbeiterverbänden verbietet, von ihren Mitgliedern größere Abgaben zu nehmen, als der einzelne Arbeiter an direkten Steuern für Staat und Gemeinde zu zahlen hat. — Der Mann ist reich für eine Kaltwasserheilanstalt!

Ein Unternehmer beim Klagen ertrappt. Der Bezirks-Unternehmer-Verband für das Tabakgewerbe Badens und der Pfalz gibt offiziell bekannt, daß er den Beschluß, die Tabakarbeiter im Bezirk Heidelberg auszusperrn, bis die Differenzen mit der Firma Mertens in Cleve (Rheinland) und in Nußloch bei Heidelberg beigelegt sind, aufgehoben hat, nachdem sich herausstellte, daß die Firma Mertens in einem Bericht an den Arbeitgeberverband, bei 60 Pfg. höher angegeben, als sie in Wirklichkeit ausbezahlt. Die Firma hat die falschen Angaben wohl nur deshalb gemacht, um den Arbeitgeber-Verband für die Durchführung der Aussperrung zu gewinnen. — Der Streik dauert fort.

Die Verbindung von Innungs-Krankenkassen in der Barbiergeverbe wird neuerdings durch die Barbier- und Freiseur-Innungen, soweit diese nicht schon besondere Innungs-Krankenkassen errichtet haben, systematisch und mit bemerkenswertem Eifer betrieben. Die organisierten Gehilfen wehren sich mit Recht gegen die Gründung von Innungs-Krankenkassen, da bei der meist geringen Mitgliederzahl, die dabei in Frage kommt, die Leistungsfähigkeit solcher Kassen von vornherein stark beeinträchtigt ist und soziale Erwägungen in der Verwaltung vollständig ausbleiben. Da verheiratete Gehilfen bei den Lohnverhältnissen in Barbier- und Freiseurgewerbe selten zu finden sind, genügt die Unterscheidung zwischen ledigen und verheirateten Gehilfen den Meistern vollauf, sich auf Kosten der Arbeitnehmer-Mitglieder besondere Vorteile zu sichern. Daraus kommt die Vermögenssprache bei der ein Mitgliedschaftsrecht der Arbeitnehmer-Beisitzer faktisch ausgeschlossen ist. Die Verbindung der Innungs-Krankenkassen mit den Innungs-Krankenkassen „zur Last fallen“ könnten, fernzuhalten und abzuschließen. Unter Hinweis auf niedrigere Beiträge werden die meist aus organisierten Gehilfen bestehenden Gehilfen-Ausschüsse veranlaßt, solchen Gründungen zuzustimmen. Mitunter muß erst die Aufsichtsbehörde die Innung darauf hinweisen, daß die Zustimmung des Gehilfen-Ausschusses erforderlich ist. Auch mit „nationalen“ Gründen wird gegen die „sozialdemokratischen“ Krankenkassen zugunsten solcher Gründungen Stimmung gemacht. Bei rechtzeitigem Eingreifen der Arbeiterpresse wird es gelingen, manchen dieser Gründungspläne zu vereiteln.

Schwehische Agitation in Deutschland. In Sandhofen bei Mannheim sind in einer Zuteilspinnerei einige hundert tschechische Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Unter diesen wird von Böhmen aus eine Bewegung zum Anschluß an die tschechischen Organisationen inszeniert. Dieser Tage sollte ein tschechischer Agitator eine Versammlung abhalten. Sie kam nicht zustande, weil der Agitator angeblich in Hannover bei gleicher Arbeit festgehalten war. Die Versammlung soll demnächst stattfinden.

Teurer Kaffee.

Seit Juli hat der Kaffeepreis eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren und eine Höhe erreicht, die seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Durch diese Preisbewegung wird von neuem die Wertlosigkeit der Schnapsblockpolitik dargetan, denn als der schwarzblaue Block im vorigen Jahre die Erhöhung des Kaffeepreises von 40 auf 60 Mark für den Doppelcentner beschloß, suchte er die gegen dieses Preisverhören erhobenen Anklagen der Sozialdemokratie durch die Behauptung abzuwehren, daß eine Follerhöhung von den Konsumenten um so weniger verspürt werden

„Gott im Himmel,“ rief das liebliche Geschöpf angstvoll, „Sie sprengen das Haus in die Luft — Papa, Mama, wir sind hin!“

„Konstant Dider, eile hinzu und lege beruhigend deine Hand auf das glänzend schwarze Haar seiner schönen Tochter.“

„So schlimm ist's nicht, Marguerite,“ suchte er zu trösten, „abgleich ihm selber das Herz in der Brust bebt.“ Das war lächerlich am Hafen — offenbar ist es zum Kampfe gekommen — oder irgend ein Wahnsinniger hat eine Bombe —

Der zweite Verkäufer steckte den Kopf durch die von Marguerite offen gelassene Tür.

„Eine Bombe,“ meldete er atemlos. „Ja, komme — von draußen — ein Schuhmann ist — tot — und einer der Engländer!“

„Wo ist es gewesen?“

„Am Cathedral-Platz. Alles voll Menschen. Ich will nochmal — hingehen.“

Peter Maruschewski, so hieß der junge Mann, stürzte in, indes sich die Familie zum Abendbrot niedersetzte. Zu Tisch saß heute jedoch mehr die Gewohnheit, als der Hunger — nach wenigen Bissen standen alle wieder auf und harrten mit fiebernder Spannung der Entwicklung der Ereignisse. Die Nacht verlief ruhiger, als man erwartet — zeitig am anderen Morgen begann jedoch der Sturm von neuem. Ein aufregender Tag stand bevor. Benachbarte Zumeister auf der Straße, unaussprechliches Rennen und Schreien, das Knallen von Schüssen hielten die Familie in unangenehmer Nervosität. In ängstlicher Unentschiedenheit durchzog der Juwelier fast den ganzen Tag die Kamme seines Hauses, bald war er hier, bald dort, er vermochte sich keiner Arbeit zu widmen. Oft horchte er erschrocken an den Türen oder lugte hinaus, dann wieder sprach er den Seinigen Tröst zu. Der einzige Vermittler mit der Außenwelt war der junge Maruschewski, der hin und wieder Nachrichten von draußen brachte, die freilich nichts weniger als beruhigend klangen. Den Nachmittag über lag er sich überhaupt nicht mehr sehen, erst spät am Abend trat er wieder ein, von seinem Prinzipal mit allen Zeichen höchster Gewissensanstellung empfangen.

„Wo ist der Himmel,“ rief Peter Maruschewski, „wo bleiben Sie denn? Wir sitzen hier wie auf der Folter — es muß ja schließlich hergehen in der Stadt. Seit einer Stunde hören wir Kanonenschüsse — das tobt und rauf ja förmlich. Es muß eine ordentliche Schlacht wüten.“

„So ist auch, Herr Dider,“ berichtete der junge Mensch. „In Hunderten liegen die Toten auf der Straße — im Hafen wackelt die Flotte. Der Potemkin ist mit einem erkrankten Matrosen eingetroffen, den wollen sie am Lande begraben — die Kanonenschüsse sind in voller Empörung. Alle Dörfer haben sie erobert. Sie haben die rote Flagge gehißt und zwingen alle Hausarbeiter zur Arbeitseinstellung. Morgen wird noch schrecklicher. Da sehen Sie nur einmal nach der Richtung des Hafens, zum Fenster hinaus.“

würde, da der Kaffee außerordentlich billig geworden sei. Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde sehr zu treffend darauf hingewiesen, daß der niedrige Kaffeepreis, der Mitte 1909 vorherherrschte, sich nicht lange behaupten würde, weil er nur durch ganz besondere Umstände verursacht war. In dem Jahr, das seit den Verhandlungen über die sogenannte Reichsanleihe vergangen ist, zeigte sich, daß die sozialdemokratische Beurteilung der Situation nur zu richtig war. Während in Hamburg der Preis für ein Pfund Kaffee (Santos regulär) 1907 zwischen 27 und 33 1/2 Pfg., 1908 zwischen 33 und 37 Pfg. pro Pfund schwankte, trat bereits 1909 eine Preisbefestigung ein, die besonders im letzten Drittel des Jahres sich noch kräftig fortsetzte. Es schwankten die Preise 1909:

Im Januar	zwischen 30 75 Pfg. und 33 50 Pfg.
Februar	32 75 „ „ 34 75 „
März	34 50 „ „ 36 „
April	36 75 „ „ 38 „
Mai	38 „ „ 40 50 „
Juni	42 50 „ „ 44 75 „
Juli	42 50 „ „ 44 75 „
August	42 75 „ „ 44 50 „
September	43 50 „ „ 45 15 „
Oktober	42 25 „ „ 45 50 „
November	45 75 „ „ 47 „
Dezember	47 „ „ 48 25 „

Bis Juli hielt sich der Kaffeepreis ziemlich unverändert, die dann einsetzende Steigerung brachte ihn in wenigen Wochen auf 42 Pfennige und Mitte Oktober notierte Kaffee bereits schon 46 Pfennige für das Pfund.

Gerade die billigeren Sorten, die von den ärmeren Volksschichten gekauft und verbraucht werden, sind im Preise am stärksten gestiegen, geringer ist die Steigerung in den teuren Qualitäten. Durch den Zoll werden von vornherein die minderen Sorten verhältnismäßig höher belastet als die besseren, da alle Sorten mit dem gleichen Zollsatz belegt werden. So werden also durch die Zollerrhöhung und Preissteigerung Arbeiter- und Kleinbürgerfamilien doppelt schwer betroffen.

In den Jahren 1907 bis 1909 begannen die am Kaffeebau am meisten interessierten Staaten Brasiliens Kaffeeporzäte aufzukaufen, um einen weiteren Preisdruck zu verhindern. Riemlich lange glaubte der Kaffeehandel nicht, daß dieses Beginnen der Kaffeestaaten glücken würde, da auch die Ernte 1907 glänzend war, vor allem aber, weil es den Ansehens hatte, als ob die Kaffeestaaten nicht die notwendigen Geldmittel aufbringen könnten, um die großen Kaffeeporzäte zurückzuhalten. Doch das Vorgehen gelang schließlich mit der Unterstützung der europäischen Finanzwelt Ende 1908, langsam begann dann die stetige Aufwärtsbewegung des Kaffeepreises. Die besonders starke Steigerung in den letzten Wochen wurde, anfangs auf geldtechnische Ursachen zurückgeführt, der brasilianische Wechselkurs war bedeutend gestiegen. Nächst ist der brasilianische Wechselkurs zurückgegangen, aber die Preissteigerung dauert an, sie wird jetzt mit einer angeblich keinen Ernte begründet. Die brasilianischen Kaffeestaaten schufen sich als Herren der Situation, der überquellende Erntelegen der Vorjahre ist eingestellt, unter bereitwilliger Mitwirkung der europäischen Spekulation werden nun die Preise festgesetzt. Die Armen und Armen haben aber nicht nur die erhöhten Preise zu zahlen, sie haben für jedes Pfund Kaffee dem Reich 30 Pfennige zu entrichten. So will es die nationale Politik der Steuerscheu.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Erpresserprozess gegen die „Wahrheit“. In der Verhandlung am Mittwoch wurden zunächst die Zeugen Dünge und Journalist Binder in eine Ordnungstrafe von je 300 Mark genommen, weil sie nicht erschienen waren. Gleichzeitig wurde zwangsweise Vorführung angeordnet. Der Zeuge Dünge kam schließlich in Begleitung seines Arztes, der ihn für krank erklärte, und auch der Zeuge Binder stellte sich ein, war aber, als er aufgerufen werden sollte, bereits wieder verschwunden, sodas seine zwangsweise Vorführung angeordnet wurde. Die Staatsanwaltschaft will auf den Polizeikommissar Dr. Kopp als Zeugen nicht verzichten. Der Angeklagte Bruhn drohte, daß er in diesem Falle auf den Polizeirat Dr. Henniger, der gerade in dieser Zeit eine Auslandsreise antreten mußte, nicht verzichten werde. Schließlich hat er recht, wenn er meint, daß man es nicht verstehen könne, wenn das Polizeipräsidium zwar dem Kriminalkommissar Dr. Kopp die Erlaubnis zur Aussage gebe, sie aber dem Polizeirat Dr. Henniger verweigere. Der Vorsitzende wies den Angeklagten Bruhn auf den Weg der Beschwerde an den Minister des Innern. Im Falle Dünge handelt es sich um eine Firma, die einen ausgedehnten Handel mit Pianos betreibt, und die in der „Wahrheit“ angegriffen worden war. Es stellt sich heraus, daß der Journalist Binder, unter falschen Vorpiegelungen das Material zu dem Artikel von Dünge selbst erhalten hat, und den Artikel dann in der „Wahrheit“ veröffentlichte. Dünge gab daraufhin Insuperate in der Hoffnung, daß er dann in der „Wahrheit“ nicht mehr angegriffen werde. Der Fall konnte nicht weiter verhandelt werden, da der Zeuge Binder nicht zur Stelle war. Das Gericht schritt dann zur Verhandlung über den Fall Wertheim. Die Firma Wertheim war in der „Wahrheit“ vielfach angegriffen worden. Einer der Firmeneinhaber, Georg Wertheim, erwirkte eine gerichtliche Verfügung, wonach dem Bruhn jeder Angriff auf ihn unterlag wurde. Als sich dann die Inhaber der Firma Wertheim erkundeten, hat sich die „Wahrheit“ vorzugsweise mit Wolf Wertheim, insbesondere aber mit seiner Frau, befaßt. Die „Wahrheit“ erhielt schließlich Insuperate von Wolf Wertheim, und Bruhn behauptet, daß seine Artikel eigentlich zum Schutze Wolf Wertheims geschrieben worden seien, und daß ihm Wertheim die Insuperate wohl aus Anerkennung zugewiesen habe. Der Vorsitzende stellt fest, daß der Zeuge Wertheim in der Voruntersuchung mit dünnen Worten ausgefagt habe, daß es sich hier um eine Erpressung handle. Die Zeugen zu diesem Falle werden am Donnerstag vernommen werden. In der Verhandlung am Mittwoch wurde auch der in Konturs geratene Poetiker Louis Schaurte als Zeuge vernommen, der unter anderem mitteilte, daß er durch einen Artikel in der „B. Z. am Mittag“ zum Zusammenbruch getrieben wurde. Die Nummer der „B. Z. am Mittag“ sei mit einer auffälligen Überschrift vor seinem Lokal ausgedrückt worden, er gedente, gegen das Blatt den Weg der Klage zu beschreiten.

Sitte und Moral zweier „Dienstherren“ erfahren vor dem Erfurter Schöffengericht eine recht eigenartige Beleuchtung. Die Landwirte Ernst Müller und sein Bruder Rudolf Müller aus Büglingen hatten sich wegen Mißhandlung des Invaliden Sch. zu verantworten. Dessen Tochter war bei den Brüdern Müller im Dienst. Das Mädchen wurde von Ernst Müller geschwängert. Als das Mädchen geboren hatte, erhob der Vater Ansprüche auf Alimente. Da der Lehr wohlhabende Ernst Müller nicht zahlen wollte, so verklagte ihn Sch. Doch nun beschwor der jüngere Bruder Rudolf Müller, daß auch er das Mädchen geschlechtlich gebraucht habe. Infolgedessen wurden die Alimentenanprüche abgewiesen. Dem Vater des Mädchens, der ein armer Invalide ist, waren nun infolge der

Erbindung usw. große Kosten entstanden. Erbittert über das Verhalten der Gebrüder Müller ging er zu diesen und machte ihnen ernste Vorhaltungen, auch verlangte er Geld. Doch als Antwort überließ er die ehle Pruderbarben an alten Mann und mißhandelte ihn. Der Vorhaltende hielt den Angeklagten ihre recht erbärmliche Handlungsweise vor. Da sie in recht gut situierten Verhältnissen leben, hätten sie die Pflicht gehabt, den Ansprüchen des armen Mannes gerecht zu werden. Das Gericht verurteilte sie zu der recht gelinden Geldstrafe von 40 Mk.

Ein Pfarrwidul aus einem bayerischen Kirchdorf. Die 45 Jahre alte Gütlerin Str. aus Wernberg bei Teilsberg in Mittelfranken war wegen Hausfriedensbruchs, wegen Beleidigung des Pfarrers und wegen Religionsvergehen angeklagt. In der Nürnberger Strafkammer gibt die Gütlerin an, sie gehe seit 23 Jahren täglich zu Kirche und sie habe im Beten eine größere Ordnung als der Pfarrer selbst. Sie soll der Aufforderung, während einer Messe, in der sie nach Ansicht des Pfarrers zu laut betete, die Kirche zu verlassen, nicht gefolgt sein, sondern gesagt haben: „Sie sind ein sündhafter Priester, Sie und Ihre schöne Trina (die Köchin des Pfarrers) gehören schon lange aus der Gemeinde fort.“ Die Angeklagte schildert dann, daß ihr die Pfarrersköchin einmal erzählte, der Pfarrer sei, um dort „sündhaft“ zu sein, nach Würzburg gefahren und daß der Pfarrer die Köchin „einmal haben wollte“. Die Köchin habe zuerst den Pfarrer „nur“ zu Bett geliebt, später habe sie aber nicht mehr anders können. Die Vernehmung des Pfarrers spielte sich wie folgt ab: Zeuge Pfarrer Leuchtele-Teilsberg erklärt, er habe damals vor St. gesagt, sie solle langsamer beten, das schnelle Beten höre den Gottesdienst. Die St. habe geschimpft. Bei dem Weiswassergeben habe die St. dann die inkriminierten Äußerungen gebraucht. Vorf.: Die St. soll von Ihnen verfocht werden? Pfarrer L.: Angelehrt ist auch gefahren. Vorf.: Ihre Köchin ist anscheinend einmal unvorsichtig gewesen? Pfarrer L. schweigt. Vorf.: Haben Sie einmal zu den Betenden gerufen: Dabinten ist eine eifersüchtige? Pfarrer L.: Das kann ich nicht gerufen haben, beim Beten ist man doch nicht eifersüchtig. Verteidiger: Herr Pfarrer, haben Sie einmal gesagt: Sauweibsbild? Pfarrer L. (nach einigem Zögern): Ja. Vorf.: Haben Sie auch den Ausdruck „ein Teufel und ein Sauweibsbild“ gebraucht? Pfarrer L. (zögernd): Ja, aber das war ein andermal, ich glaube, nicht in der Kirche. Vorf.: Was ein freches Weibsbild? Pfarrer L.: Ja. Vorf.: Sie haben ein Teufelmechtel mit Ihrer Köchin machen wollen? Pfarrer L.: Ja. Vorf.: Sind Sie mit Ihrer Köchin in Verkehr getreten? Pfarrer L.: Ganz nicht, es ist nicht so weit gekommen. Ich war betrunken und bin beauftragt von Spate heimgekommen. Vorf.: Und wie ist's jetzt? Pfarrer L.: So etwas ist nicht mehr möglich, weil ich jetzt eine 20-jährige Couline im Pfarrhof habe. Der Staatsanwalt beantragte wegen Hausfriedensbruchs, Religionsvergehens und Pfarrerbeleidigung 3 Monate Gefängnis. Während das Gericht sich im Beratungszimmer befindet, erhebt die Angeklagte die gefalteten Hände und betet eifrig. Das Gericht spricht die Angeklagte wegen Hausfriedensbruchs frei und verurteilt sie wegen Religionsvergehens und Pfarrerbeleidigung zu 3 Wochen Gefängnis.

Darlehensschwindel. In einer Sitzung des Schöffengerichts Steyerin wurde wieder einmal das gemeingefährliche Treiben gewisser Geldvermittler in der Gasse der Gendarmenmarkt. Es handelte sich um eine Anklage gegen den wegen Betruges und Unterschlagung bereits vorbestraften Agenten Christian Focke in Steyerin. Dieser erließ in einer öffentlichen Zeitung Insuperate, wonach er gegen Schuldlosen und Wechsel Darlehen zu vergeben habe. Namen dann Leute, so erhob er von ihnen zunächst einige Mark Gebühren und sandte die Anträge an ein Damburger „Bankgeschäft“ Blume, das wiederum Gebühren erhob und dann Aufstände über den Geldbedürfnis einjog. Die Betroffenen waren dann ihr Geld los und bekamen kein Darlehen. Der Angeklagte erhielt wegen Betruges in zwei Fällen 10 Tage Gefängnis. — Es berührt eigentümlich, wie zurückhaltend sich die Behörden gegenüber dem Darlehensschwindlern benehmen, obwohl sie ihnen auf Grund des § 33 der Reichsgewerbeordnung die Ausübung ihres Gewerbetriebes untersagen können. Tatsachen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden dartun und die Entziehung der Erlaubnis zum Gewerbetriebe rechtfertigen, liegen doch jedesmal vor, wenn der Darlehensvermittler Gebühren erhebt und trotz gebotener Sicherheit kein Darlehen gibt.

Aus Nah und Fern.

Ein verpönes Zivillisten-Couplet. Unser Steyerin Parteidirekt berichtet: Der gegenwärtig in den „Zentralhallen“ auftretende Humorist Carl Bretschneider singt dort ein aktuell-satirisches Couplet, in dem er als Reisender einer Seifenfabrik seine Ware anpreist und dabei u. a. auch folgendes Verschen sang:

„Marke „Zivillisten“ zählt zu den teuren Seifen. Wer ihren Preis kennt, der wird das begehren. Jedoch das Volk zählt diese Seife gern — Was tut man nicht fürs Instrument des Herrn.“

Dies harmlose, wihige Verschen erregte demnach den patriotischen Unwillen des Herrn Majors Ketter von heiligen Königs Grenadierregiment, daß er den singenden Humoristen laut entgegenrortete: „Kaus raus, runter, runter“ und sich, zu Hause angekommen, auf den feurigen Hosenboden setzte, um den Humoristen wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zu denunzieren, so daß gegen Herrn Bretschneider nun ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde.

Mädchenmord. Aus Neumarkt in Schlessen wird gemeldet: In nicht geringe Aufregung wurden die Bewohner von Schönaum und Umgegend gesetzt. Am Dienstag nachmittag wurde die 18-jährige Tochter des in der Schönaumer Mühle wohnenden Maures-Gast aus Neumarkt ermordet aufgefunden. Das Mädchen war von seinen Eltern zu Einkäufen nach der Stadt geschickt worden. Als es länger als gewöhnlich fortblieb, stellte man Nachforschungen nach seinem Verbleib an. Man fand das Kind als Leiche in einem Waldchen unweit der Dreifaltigkeit. Ein Postkutscher, Schuhmann begab sich, begleitet von seinem Polizeifreunde, nach dem Tatorte. Der Hund nahm sofort die Fährte auf, die nach Dietzdorf führte, wo er einen ungefähr 40-jährigen Mann, der sich verdächtig zeigte, verdelte. Dieser Mann wurde verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Die vorläufige ärztliche Untersuchung hat Erdröpfung festgestellt. Erst nachher wurde dem Mädchen der Hals durchgeschnitten. Das Bargeld, das das Kind bei sich trug, ist geraubt worden.

Attentat auf einen Personenzug. Zwischen den Stationen Elern und Rheinböllen (Rheinprovinz) wurde in der Nacht zum Mittwoch auf den Personenzug ein Attentat verübt. Bei der Station Elern waren Baumstämme und Eisenstücke auf den Schienen besetzt. Der Zugführer konnte im letzten Augenblick den Zug zum Still-

bringen. Die Untersuchung ergab, daß auch die nahegelegene Bahnhofsgebäude erbrochen war. Man vermutet, daß auswärtige Arbeiter die Täter sind.

Ein Mörder. Wie aus Hamborn berichtet wird, ist der 17jährige Bureaugehilfe Kleinebel von der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ mit 17000 Mark Lohngebern inhaftig geworden. Die Spur weist nach Lübeck.

„Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Diesen Ausspruch des Gründers der christlichen Religion illustriert sehr schön der Klerus in der bayerischen Bischofsstadt Regensburg. Der Bischof selbst, der Verfechter des Grundgesetzes: „Wer Knecht ist, muß Knecht bleiben.“ ist Besitzer einer Großbrauerei. In der Verwaltung dieser Brauerei war wenigstens vor einigen Jahren noch — ob es noch der Fall ist, können wir momentan nicht feststellen — ein Geistlicher tätig. (Dabei klagt die liberale Presse beständig über Priesterknecht.) Dieser Geistliche hat — wie vor Gericht festgestellt wurde — seinerzeit dem Braumeister den christlichen Rat gegeben, bei der Auszahlung gekündigter Arbeiter den Revolver mitzunehmen. Die berühmte Kirchenmusikschule in Regensburg treibt, wie jetzt bekannt wird, einen schamhaften Handel mit Harmoniums. Die Karmeliter brennen Schnaps, Klosterfrauen treiben einen rentablen Schnapshandel, und Geistliche handeln mit Wein. Man sieht, daß sich die kirchlichen Kreise für den Alkohol besonders interessieren. Damit hängt es auch wohl zusammen, wenn in der Zentrumspresse oft darüber geklagt wurde, daß die Mäßigkeits- und Abstinenzbewegung noch so wenig Boden unter der katholischen Geistlichkeit gewonnen habe. Die ultramontane Partei sucht ihre angebliche Mittelstandsfreundlichkeit dadurch zu beweißen, daß sie Erdbeulungssteuern für den Konsumverein propagiert. Sie scheint aber nichts dagegen einzuwenden zu haben, wenn gutbezahlte Geistliche klotte Handelsgebäude treiben.

Mordmord. In Amsterdam wurde die 88 Jahre alte Witwe eines Försters in ihrer Wohnung in Amsterdam ermordet und beraubt aufgefunden. Die Kriminalpolizei verhaftete in einer Bar einen jungen Mann, der sich durch auffällige Geldausgaben verdächtig machte. Nach einem scharfen Kreuzverhör gestand der Bursche auch ein, die alte Frau gemeinschaftlich mit einem Ehepaar ermordet zu haben. Auch dieses Ehepaar wurde ermittelt und in Haft genommen.

Dampfer-Zusammenstoß auf der Wolga. Wie aus Partzin gemeldet wird, stießen auf der Wolga die Dampfer „Graf“ und „Jaroslawa“ zusammen. Ein Reisender wurde getötet, acht sind schwer verletzt worden. Zwei Personen werden vermisst. Sie sind wahrscheinlich ertrunken. Beide Dampfer wurden schwer beschädigt.

Was in der Rheinpfalz noch alles möglich ist. Aber die merkwürdige Beschlagnahme eines Bildes berichtet das „Frankenthaler Tageblatt“: Bei seiner Mutter und seinen Geschwistern befindet sich zurzeit in Weiskirchen a. S. (Pfalz) der Historienmaler Heinrich Lauer aus Berlin zu Besuch. Er hat sich ein Atelier eingerichtet und arbeitet an einem Kolossalgemälde: Der Kampf um die christliche Religion. Am Sonntag verkündete der katholische Pfarrer von Freinsheim von der Kanzel, daß das Bild in wenigen Stunden in seinem Besitz sein müßte. Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr begaben sich auf Ansuchen des Pfarrers der Adjunkt Naderauer von Weiskirchen, der Gendarmerie Major von Freinsheim und der Schutzmann Scherf von Weiskirchen in die Wohnung Lauer, um das Bild zu konfiszieren. Trotz der Proteste Lauer's packten Gendarm und Schutzmann das vier Meter große Gemälde und brachten es in Holzgewand. Lauer benachrichtigte am Montag die Staatsanwaltschaft, die die sofortige Herausgabe des Bildes anordnete. Klage wird erhoben. Der Adjunkt, der Gendarm und der Schutzmann werden sich — gewiß ein seltener Fall — wegen Hausfriedensbruchs und wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und der Pfarrer wegen Anstiftung zu diesen Verfehrlichkeiten zu verantworten haben.

Mittelmeerfahrten. In Südbayern, besonders in der bayerischen Pfalz, haben am 1. November schwere Frostschnee geherzt und großen Schaden angerichtet, namentlich wurde der Drahtverkehr vielfach unterbrochen. — Aus Frankreich wird berichtet: Die Seine ist infolge der anhaltenden Regenfälle um nahezu einen Meter gestiegen. — Die aus Salgon eingetrossene Post meldet, daß Wirbelstürme und Springfluten in verschiedenen Teilen Annams und Tonkins große Verheerungen angerichtet haben. Die Stadt Donghol in Annam ist fast vollständig zerstört.

Verhafteter Gezworener. Der Prozeß gegen den New Yorker Millionär Rosenheimer, der unter der Anklage steht, ein Mädchen mit seinem Automobil überfahren und getötet zu haben, wurde plötzlich unterbrochen, weil sich herausstellte, daß einer der Gezworenen, ein gewisser Neaudie, sich bereit erklärt hatte, gegen 2000 Mark für die Freisprechung des Angeklagten zu stimmen. Er hatte eine Mittelperson beauftragt, Rosenheimer einen dahingehenden Vorschlag zu machen. Dieser ging scheinbar darauf ein und zahlte die 2000 Mk., um dann dem Gericht davon Mitteilung zu machen. Es stellte sich bei der Untersuchung heraus, daß der Gezworene schon früher einmal Versteckungsgeelder angenommen hat, um eine des Mordes angeklagte Schauspielerin vor der Strafe zu schützen.

Allerlei Wissenswertes.

Eisen Kinder weniger als Erwachsene.

Bei der Ernährung der Kinder streiten sich gewöhnlich zwei Richtungen miteinander, soweit die Menge der Nahrung in Betracht kommt. Einerseits heißt es, ein Kind könne nicht so viel essen wie ein Erwachsener; andererseits wird darauf Bedacht genommen, daß sich sein Stoffwechsel rascher vollzieht und sein Wachstum eine größere Nahrungszufuhr verlangt. Wenn man ein Kind so viel essen läßt wie es will, so wird man wohl häufig die Beobachtung machen, daß es in der Menge des Genossenen wenig oder gar nicht hinter seinen älteren Tischgenossen zurückbleibt. Natürlich kann dieser Satz nur von Kindern gelten, die mindestens ein Alter von 12 Jahren erreicht haben. Die Physiologen und Hygieniker haben sich wohl bemüht, auch über diesen Punkt eine bestimmte Klarheit zu gewinnen und das Nahrungsbedürfnis des Kindes in verschiedenen Altern im Vergleich zu dem des erwachsenen Menschen festzusetzen. Namentlich die amerikanische Schule hat eine ganze Reihe von Arbeiten und Versuchen über diese Frage ausgeführt. Die Ergebnisse weichen aber ziemlich weit voneinander ab. Kinder zwischen 7 und 10 Jahren sollen die Hälfte bis drei Viertel von dem brauchen, was ein Erwachsener braucht, Kinder zwischen 11 und 14 Jahren 60 bis 90 v. H. Das Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten, das sich besonders für diese Forschungen interessiert und selbst Sachverständige mit ihrer Förderung betraut hat, ist zu der Feststellung gelangt, daß ein Kind zwischen 6 und 9 Jahren halb so viel Nahrung braucht wie ein Mann, und zwar 1750 Kalorien, ein Knabe von 12 Jahren nicht ganz drei Viertel von der Nahrung eines Mannes und im ganzen 2450 Kalorien. Das klingt nun sehr sicher und bestimmt, aber es wird wohl niemals gelingen, solche Differenz mit einem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit zu gewinnen. Die Ergebnisse von Versuchen in großem Maßstab, die jüngst in Philadelphia mit 80 Kindern und in Baltimore mit 115 Kindern angestellt worden sind, haben so abweichende Resultate gebracht, daß sich aus ihnen kaum etwas entnehmen läßt. Ferner sind besonders sorgfältige Experimente mit zwei Kindern gemacht worden, von denen das eine 12½, das andere 8½ Jahre alt war. Diese wurden 29 Tage lang so ernährt, daß alles von ihnen genossene Essen und Trinken gewogen wurde. Sie erhielten kein Frühstück, eine Tasse Kaffee mit viel Milch, gebutterten Zwieback, Obst

und zumessen ein Stück Käse, zu Mittag Fleisch oder Brot mit Brot, Butter und Kartoffeln, Gemüse, Bouding und ein Glas Milch und zum Abendessen Brot und Butter mit einem Ei oder Röhre, Obst und Milch, zumessen auch etwas Fleisch. Es ergab sich, daß der ältere Knabe im Durchschnitt täglich 2992 Kalorien zu sich nahm, der jüngere 2051, also bedeutend mehr, als jene Durchschnittszahlen angeben. Obgleich man auch von den Erwachsenen nicht zu sagen, wieviel Kalorien sie im Durchschnitt täglich verzehren, denn manche Physiologen geben ihre Zahl auf nur 2000 an, andere auf 3500, wenn die erste Zahl richtig wäre, so würde jener 12½ jährige Knabe also um die Hälfte mehr gegessen haben, als ein erwachsener Mensch braucht.

Deutschlands Zeitungen.

In den Dokumenten des Fortschritts (Heft 9) finden wir eine interessante Zusammenfassung über die Zahl der in den einzelnen Bundesstaaten erscheinenden Zeitungen. Die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitungen beträgt 8029. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt sich dieseiffer wie folgt: Preußen 2308, Bayern 488, Sachsen 254, Württemberg 169, Thüringen 149, Baden 169, Hessen 115, beide Mecklenburg 82, Elsaß-Lothringen 86, Braunschweig 84, Oldenburg 33, Anhalt 23, beide Lippe 13, Waldeck 7, Hamburg 16, Bremen 8, Lübeck 8. (Was mag da alles als Zeitung ausgegeben worden sein. Red. d. F. S.) Ein Vergleich mit der Einwohnerzahl (der Bevölkerungsstand von Ende 1908 als Grundlage genommen) ergibt, daß die größte Zahl von Lesern auf ein Blatt in den Hansestädten zu finden ist, nämlich durchschnittlich 3881. Es folgt sodann Elsaß-Lothringen mit 2109, Sachsen mit 1726, Preußen mit 1618. Die geringste Leserschaft auf ein Blatt finden wir in Waldeck mit 847 und in beiden Mecklenburg mit 883.

Handels- und Marktnachrichten.

Wetter Marktpreise vom 2. November.

Wetter - Butter Pfd. 1,25 - 1,30 Mt., Weierei - Butter Pfd. 1,40 Mt., Hasen 3,50 - 4 Mt., Enten 3,00 - 3,50 Mt., Hühner 1,60 - 2,00 Mt., Küken Stk. 1,40 - 1,80 Mt., Laubent Stk. 0,55 - 0,65 Pf., Gänse Pfd. 0,78 - 0,80 Mt., Ferkel 2 Mt., Schinken Pfd. 1,20 - 1,30 Mt., Schweinekopf Pfd. 55 - 65 Pf., Wurst Pfd. 1,20 - 1,40, Eier 1 Stk. 10 u. 11 Pf., Springe 2 St. 10 Pf., Porche genüg., Schwafelstein genüg., Karotten Pfd. 1,10 Mt., Geruch - Nach Pfd. 1,00 - 2,00 Mt., Schleie Pfd. 1,40 - 1,60 Mt., Brachsen - P., Seichte Pfd. 70 - 80 Pf., Barische Pfd. 60 - 70 Pf., Aal Pfd. 0,80 - 1,00 Mt., Karautischen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl d. Kopf 0,20 - 0,50 Mt., Kohl 100 Pfd. - Mt., Gurken, 100 Pfd. - Mt., Zwiebeln, hiesige Pfd. - Mt., Pfeffer, verschiedene pr. 100 Pfd. - Mt., Knaumen, pr. 100 Pfd. - Mt., Kirschen Pfd. - Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50 - 70 Pf., Mand Pfd. - Pf.

Getreidepreise.

U b e d. 2. Novbr.
Weizen, 125 - 130 Pfd. holl. 180 - 185 Mt., Roggen 115 - 125 Pfd., neuer holl. 130 - 140, Gerste, nach Qualität 130 - 145 Mt., Hafer, nach Qualität, alter 150 - 165 Mt., neuer 135 - 150 Mt., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meterel-Verbandes.
Hamburg, 2. November.
1. Klasse 296 Drittel zu 123,83 Mt. im Durchschnitt.
2. „ 35 „ 113,74 Mt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen
Transportarbeiter!
Vorstandssitzung
Freitag abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“.

Gestern abends 11 1/2 Uhr starb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, meiner Kinder treiforgender Vater
Fritz Dücker
im Alter von 64 Jahren.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
Wulfsdorf, d. 3. Nov. 1910.
Die Beerdigung findet am Montag, den 7. November, morgens 11 Uhr, vom Trauerhause Wulfsdorf bei Lübeck aus statt.

Darburg, 2. November 1910.
Gestern morgen 6 Uhr entschlimmerte sanft nach kurzem in Geduld ertragenen Leiden unser herzlichster
Albert
im hoffnungsvollen Alter von fast 8 1/2 Jahren.
Um stillen Beileid bitten die tiefgebeugten Eltern
B. Fischer u. Frau,
geb. Nießing.
Die Beerdigung findet statt am Freitag nachm. 2 1/2 Uhr von der Weichenhalle des städt. Krankenhauses aus.

Vogel zu vermieten
Ballastfuhrl 3 a.
Zu vermieten eine Zweifamilienwohnung Gartenstraße 31.
Aufsicht zwei Gangwohnungen.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 **Kohlh. 10**
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2,20 - 6,45
Maurexhosen . . . 2,60 - 6,75
Schlosserhosen . . . 1,88 - 5,25
Aberziehosen . . . 1,08 - 2,35
Zworn-Hosen . . . 1,68 - 3,25
leimene Jacken, schräge u. gerade, 1,28, Rajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mähen von 30 Pf. bis 1,88 Mt. Note Inbecam.

Mit unsere Abonnenten
zum Vorzugspreise von Mt. 3.—
Berühmte Forschungsreise in den Verkehr mit wissenden Völkern

Neues, soeben erschienen Originalwerk, elegant gebunden. Mit über 250 Abbildungen.
Das Werk enthält ca. 520 Seiten mit 120 Original-Illustrationen in eleganten Pracht-Geschenkband gebunden und berichtet in höchst interessanter, gemeinverständlich Darstellung, begleitet von vielen Abbildungen, aus eigener Anschauung von dem Leben und Treiben wilder Völkern.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Arbeiterinnen
für die Marinieranstalt
gesucht.
Aug. Schumacher
Ernststr. 3.

Zum 100. Geburtstag Fritz Reuters, 7. Nov. 1910.
Ein kleiner Vorrat von der neuen illustrierten 2bändigen Pracht-Ausgabe
Fritz Reuter's sämtliche Werke
ist noch vorrätig.
Bis auf weiteres liefern wir diese Ausgabe unseren Lesern zu dem durch Bestellung von Massenaufgaben ermöglichten
Ausnahmepreis von Mt. 3.—
Beide Bände elegant gebunden, 1156 Seiten, großes Format, mit vorzüglichen Illustrationen.
Diese Ausgabe zeichnet sich durch guten, klaren Druck auf gutem Papier aus und enthält Fritz Reuters sämtliche Werke.
Gereicht jeder Hausbibliothek zur Zierde und eignet sich als Geschenkwerk für jedweden Zweck.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Die erste Etage, 3 Zimmer und Zubehör, zum 1. Januar zu vermieten
Brickstraße 11, pt.
Dr. Schlomer
von der Reise zurück.
Unserer Leidensgefährtin im Lusumpark Frau Nagel zu ihrem Wiedergelichte ein 999mal donnerndes Hoch. Laß Dir nicht lumpen, wennst dich selbst 1 Zaker pumpen. M. u. W.

Dobermann zu Verkauf.
Hafenstraße 52.
Sektions-Versammlung
der Kohlenplattarbeiter u. Kuttiger!
Freitag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50 - 52.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Betriebs-Vertrauensleute.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Kollegen erscheint zahlreich!
Der Vorstand.

Hansa-Theater
Täglich abends 8 1/2 Uhr.
Gastspiel des Original
Parisiana-Ensembles,
mit den bekanntesten Schlägern.
Turigeheimnisse
Schwank in 1 Akt von Reichardt.
Verbotene Frucht
Interieurstück in 1 Akt v. Provinz.
Ein wenig Musik
Stück in 1 Akt von Gröner.
Loos Nr. 33
Schwank in 1 Akt von W. Ascher.
Seit Monaten in Hamburg Tagesgespräch. In Berlin täglich vor ausverkauften Häusern.
Vorkauf bei Sager.
Vorzugskarten haben nur wachsenden Gültigkeit.

Der Winter verlangt sein Recht!

Damen-

Roßleder Schnürstiefel	äußerst haltbar	6.75	5.20
Chromleder Schnürstiefel	mit und ohne Lackkappen		6.50
Schnürstiefel	mit und ohne Lackkappen, in modernen Formen	10.50 9.50 8.50	7.50
Schnürstiefel	„Original Goodyear-Welt“ neueste Modelle	16.50 14.50	12.50
Schnürstiefel	mit Winter-Futter, in äußerst bequemen Fassons	12.50 8.75 6.00 4.85	3.85

Mädchen- und Knabenstiefel

aus dauerhaftem Roßleder — genagelt				
Gr. 22-24	25-26	27-30	31-35	
1.95	2.45	2.95	3.45	
Fein Boxleder, elegante breite Form				
Gr. 25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
4.30	4.60	4.90	5.30	5.70

Filz- und Leder-Hausschuhe
sowie Pantoffel in Riesenauswahl, besonders billig.

Kamelhaarschuhe

in unerreichter Auswahl.

Kamelhaar-Hausschuhe für Kinder

Größe 19-23	24-29	30-35
1.00	1.20	1.40

Imitiert Kamelhaar-Hausschuhe für Damen, mit Cordelsohle Gr. 36-42 **75^g**

Kamelhaar-Hausschuhe mit Filz- u. Ledersohle f. Damen Gr. 36-42 **3.25 3.00 2.25 1.00**

Kamelhaar-Schnallenstiefel Gr. 36-42 **4.00 3.00**

Kamelhaar-Hausschuhe mit Filz- u. Ledersohle Gr. 43-47 **3.50 2.75**

Kamelhaar-Schnallenstiefel Gr. 43-46 **4.50**



Unsere Läger bieten eine überraschende Auswahl zeitgemäßer und geschmackvollster Neuheiten.

Saison-Katalog

umsonst und portofrei.

Am Sonntag, dem 6. November ist unser Geschäft bis abends 6 Uhr geöffnet.

Kamelhaar-Hausschuhe für Kinder

Größe 19-23	24-29	30-35
1.25	1.45	1.75

Herren-

Schnürstiefel	strapazierste Straßentiefel	10.90 9.80 8.50 7.50 6.50 5.50	4.50
Zugstiefel	in vorzüglichen Paßformen	10.80 9.50 7.50 6.50	5.50
Schnürstiefel	kräftige Arbeitstiefel	6.70	5.50
Schnallenstiefel	starke Arbeitstiefel	6.90	6.50
Schaftstiefel	spitze und breite Formen, kräftiges Wicksleder		7.20
	aus gutem Rindleder		8.90
	aus kräftigem Rindleder, mit hohem Schaft, breite Form, Doppelsohlen		10.90
Reitstiefel	aus kräftigem Rindleder, Doppelsohlen		15.50
	Fein Rindsatinleder, elegant		22.00
Schnürstiefel	„Original Goodyear-Welt“ in hochmodernen Fassons	16.50 14.50	12.50

Knaben-Schaft- u. Stulpenstiefel
in allen Größen am Lager.

Kamelhaar-Schnallenstiefel

mit Lederspitzen	Größe 19-23	24-29	30-35
	1.50	1.75	2.00

Conrad Tack & Cie. Schuhfabrik Burg b. M. Verkaufshaus Lübeck: Breitestr. 47.



Wie diese Palme

das auf der Erde wandelnde Tierreich überträgt, so übertragen die Pflanzenfette PALMIN und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmin und Palmiona tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen. Palmin zum Kochen, Braten und Backen, Palmiona als Brotaufstrich.

Wakenitz-Bellevue.

Bringe hiermit meinen Saal in fremdliche Erinnerung u. den renommierten Publikum sowie Clubs und Vereinen bestens empfohlen. Im geeizigen Zuspruch bitte!

H. Föhrster.

Am Mittwoch, dem 3. November: **L. Familienball.**

Transportarbeiter!

Zu der am Sonntag, dem 13. November, nachm. 2 1/2 Uhr präzis, im „Neuen Stadttheater“ stattfindenden Theater-Vorstellung sind Karten a 60 Pfg. inkl. Garderobe für unsere Kollegen im Bureau, Johannisstraße 48, II., erhältlich. Zur Aufführung gelangt: „Stützen der Gesellschaft“ von Henrik Ibsen. Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinentenbund

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Stadthallentheater.

Freitag, 4. Nov. Abends 8 Uhr.
Wenn der junge Wein blüht.
Lustspiel von B. Björnson.
Sonntag, 6. November. 7 1/2 Uhr.

Die drei Klingelzüge.

Schwank von Ernst Albert.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14 und Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 3. November. 7 1/2 Uhr.
Roll-Abonn. 42. Donnerst.-Abonn. 7.
Ausnahme: b. nicht erhöht. Preis.
Sastspiel v. Kgl. Kammerjägers

Alois Pennarini

vom Stadttheater in Hamburg.

Tannhäuser.

Große Oper von R. Wagner.
Freitag, 4. Nov. Abends 8 Uhr.
Roll-Ab. 43. Freitag-Ab. 8.

Die Förster-Christl.

Operette von Georg Farno.
Sonntag, 5. Nov. 7 1/2 Uhr.

Der Beilwehner.

Lustspiel von G. von Holz.

Konkurs-Ausverkauf.

Die zum S. M. Hazanischen Warenlager gehörenden Bestände, nämlich: Normal-, Flanel- und Wollwäsche, Schürzen, Unterröcke, Kleideröcke, Blusen, Kinder-Jackets, Damen-Paletots, Taschentücher, Schweizer Stickereien, Spitzen, aufgez. Handarbeiten etc. werden

Geverdesstraße 7

25-30% unter Preis verkauft. Der Konkursverwalter Grünau.

Der Wahre Jacob

Illustr. humoristisch-satirische Zeitschrift mit einer Unterhaltungsbelle. Redigiert von B. Heymann. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter.

Einladung zum

Stiftungsfest

am Freitag, dem 4. November 1910, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.

Eintrittspreis 60 Pfg., eine Dame frei.

Das Komitee.



Arbeiter-Radfahrer-Verein „Kehrwieder“ Selmsdorf.

Einladung zum

diesjähr. Herbst-Vergnügen

am Sonntag, dem 6. November 1910, im Lokale des Herrn Wodrich in Selmsdorf.

Anfang des Balles 4 Uhr. Eintrittspreis für Herren 1 Mark, eine Dame frei. Einzelne Dame 25 Pfg.

Das Komitee.

nur rechtfertigen, sondern geradezu verlangen. Den vorliegenden Berichten entnehmen wir folgendes:

In einer gemeinschaftlichen Versammlung der Kreisvorsitzer und Wohnungspfleger am 30. April 1909 erläuterte der Vorsitzende an der Hand der einzelnen Paragraphen des Gesetzes die Art der Handhabung der Wohnungspflege. Außer dieser gemeinschaftlichen Sitzung fanden 4 Versammlungen der Behörde statt, in der vornehmlich innere Verwaltungssachen erledigt wurden. Vom Medizinalkollegium wurde das Ersuchen an die Behörde für Wohnungspflege gerichtet, darauf hinzuwirken, daß die Kreisvorsitzer die Wohnungspfleger auf die Notwendigkeit hinweisen, bei der Wohnungskontrolle insbesondere auch auf die Zustände außerhalb der Wohnungen, nämlich auf die Wasser- und Abwasserleitungen, die Abfallbeseitigung (Müllgruben, Aborte), die vielfach in sanitärer Hinsicht zu Bedenken Anlaß geben, zu achten und vorgefundene Mängel zur Anzeige zu bringen. Auf Anregung des Physikus sind die Wohnungspfleger er sucht worden, bei ihrer Tätigkeit ihr Augenmerk auch darauf zu richten, ob in den Wohnungen Personen, die an Tuberkulose leiden, in gesundheitswidriger Weise untergebracht sind, oder durch gesundheitswidriges Verhalten ihre Mitbewohner gefährden. Ferner ob etwa alte hilflose Personen vorhanden sind, und sich in Verhältnissen befinden, die ein Einschreiten der öffentlichen oder der privaten Wohltätigkeit erzwungen erscheinen lassen, endlich ob Krüppel vorhanden sind, für deren Behandlung oder Ausbildung der Verein für Krüppelfürsorge in Anspruch genommen werden könnte. In gegebenen Fällen soll dem Bureau kurze Mitteilung gemacht werden, welches die Meldung an die zuständige Stelle weitergibt. Die Zahl der von der Behörde im Berichtsjahre selbst bearbeiteten Sachen betrug 85. Davon waren aus dem Jahre 1908 übernommen 29, neu hinzugekommen sind 56. Als unbegründet erwiesen sich 4 Beschwerden. Von den übrigen 81 wurden im Berichtsjahre 65 erledigt, während 16 Fälle nach 1910 übernommen werden mußten. Von den 66 neu bei der Behörde eingegangenen Anzeigen wurden erstattet von Kreisvorsitzern und Wohnungspflegern 13, von Mietern 30, von sonstigen Personen 7, von Behörden 6. In 6 Fällen wurde eine gutachtliche Äußerung des Physikus eingeholt. Durch Umlauf bei den Mitgliedern der Behörde wurden 4 Fälle erledigt. In schriftlichen Eingängen waren zu verzeichnen 113, an Ausgängen 121. Der Bau-polizei wurden 7 Fälle übermitten, davon betrafen 5 die Schließung einzelner Wohnräume oder ganzer Wohnungen, in 2 Fällen handelte es sich um die Ausführung von bau-polizeilich zu verlangenden Arbeiten. Von dem Wohnungspfleger des 50. Bezirks wurde ein Bericht über die Stetverhältnisse der Alexanderstraße nebst Vorschlägen zu deren Verbesserung eingereicht; dieser Bericht ist der Bau-deputation überreicht mit dem Ersuchen um Nachprüfung und Aufstellung von Vorschlägen zur Besserung der Verhältnisse. Eine Antwort ist im Berichtsjahre nicht mehr eingegangen. In einem Falle, wo es sich um eine geisteskrante Person handelte, wurde zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit das Vormundschaftsgericht benachrichtigt. In einem Falle wurde die Armenanstalt ersucht, Heizungsmaterial zur Trockenheizung der Wohnung eines mittellosen Mieters zu beschaffen. Da jedoch die Annahme des Brennmaterials von dem Mieter abgelehnt wurde, mußte die Wohnung als gesundheitschädlich geräumt werden. Kreisversammlungen fanden im Berichtsjahre 7 statt, an 5 dieser Versammlungen nahm der Registrator als Protokollführer teil.

Es fanden im Berichtsjahre 1491 Besichtigungen statt. Beanstandungen erfolgten in 158 Fällen; davon wurden auf gütlichen Wege 97 Fälle und mit Hilfe der Behörden oder des Kreisvorsitzers 38 erledigt, 23 Fälle blieben unerledigt. In 16 Fällen mußten Zwangsmassregeln ergriffen werden. Die Übersicht über die Art der gemeldeten oder gefundenen Anstände ergibt folgendes Bild: Verunreinigung der Wohnräume 7, anderer Räume im Hause 6, Aborte 2, anderer Plätze 13, Fälle; Luftverderbnis 24 Fälle; Mängel der Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen 6, an frischer Luft 9 Fälle; Fensterrückstände durch bauliche Mängel 35, durch unzureichende Ventilation der Räume 18 Fälle; Mängel an Ab-ortanlagen 15, an Entwässerungsanlagen 13, an Wasser- versorgungsanlagen 2 Fälle; mangelhafter baulicher oder sonstiger Zustand des Hauses oder der Wohnung 22 Fälle; Angezeiger 1 Fall; den Bestimmungen nicht entsprechende Räume der Diensthöfe, Gewerbegehilfen usw. 1, der Mieter 3, der Untermieter, Schlafurbsen 2.

Lübeck's teures Seebad. Obwohl alle Ursachen gegeben sind mit den Geldern unseres kleinen Staatswesens recht sparsam zu wirtschaften, hat das Finanzdepartement, der Senat und in letzter Linie auch der Bürgerausschuß und die Bürgerchaft immer eine offene Hand, wenn es gilt für die Annehmlichkeiten und Vergnügungen der reichen Travemünder Badegäste möglichst viel zu tun. Große Summen werden schon jetzt dafür ausgemorfen, doch von Jahr zu Jahr wird mehr gefordert. Gekoren hatte sich der Bürgerausschuß mit der zum 1. April 1911 erfolgenden Anstellung eines Badekommissars zu beschäftigen, der jährlich 4000 Mk. Gehalt beziehen soll. Für die Allgemeinheit hat dieser Badekommissar absolut gar keinen Wert; aber er soll die Annehmlichkeiten der Kurgäste vorbereiten, und deshalb muß der Staat ihn anstellen und bezahlen. Für die Anstellung eines Gewerbeinspektors im Hauptamt, der die Sicherheitsmaßregeln zum Schutze der Arbeiter überwachen soll, ist kein Geld vorhanden. Anders wenn reiche Leute sich vergnügen wollen. Nun ist es ja sicher, daß die Bewilligungen für Travemünde mit der Anstellung des Badekommissars bei weitem nicht abgeschlossen sind. Der Senat beantragte, bereits gekoren für die Ausfüllung der Diensträume des neuen Badekommissars 1500 Mk., zur Beschaffung von Leinwand für die Leihhalle der Kurgäste jährlich 500 Mk. Diese Forderungen hat der Bürgerausschuß zwar vorläufig abgelehnt, aber die Bürgerchaft, in der ja auch viele Travemünder Badegäste sitzen, wird sie schon bewilligen. Im Hintergrund zeigt sich dann noch das Gespenst des Konversationshauses, das verschiedene Hunderttausende verschlingen wird. Dafür dürfen die Lübecker Einwohner dann vielleicht sog. Erwerbsteuern, von denen die gutbezahlten höheren Beamten und die reichen Rentiers befreit sind, bezahlen. Fürwahr, Seebad Travemünde — nicht das Städtchen — ist uns sehr teuer.

Für die Herstellung eines Sportplatzes auf dem Leuchtenfelde in Travemünde bewilligte der Bürgerausschuß gestern gleichfalls 5000 Mark, die allerdings der Travemünder Rennklub fünf Jahre lang mit 4 Proz. verzinst wird. Auch hier werden wieder Staatsgelder für das Vergnügen reicher Sportleute verwendet.

Kommt er oder kommt er nicht?! Der „Pariser Val“ nämlich, der sein Quartier gegenwärtig in Kiel aufgeschlagen hat und der nach dem leider vom Sturm und Nebel zerstörten ordentlichen Programm bereits am gestrigen Mittwoch in Lübeck eintreffen sollte. Nach einer Meinungsäußerung des Vorsitzenden des hiesigen Vereins für Luftschiffahrt ist es bei andauerndem günstigen Wetter möglich, daß der Luftballon Ende dieser Woche nach Lübeck kommt. Sicher ist das aber noch lange nicht. Nach einer anderen Meldung, die wie folgt lautet, wird der „Pariser Val“ überhaupt nicht mehr nach Lübeck kommen:

Einem Telegramm aus Kiel zufolge hat das Präsidium des Vereins für Motorluftschiffahrt in der Nordmark mit der Luftschiffahrtsgesellschaft einen neuen Vertrag geschlossen, wonach P. VI so lange zur Verfügung des Vereins steht, bis er mindestens eine Fahrt nach dem Norden mit Landungen in Flensburg und Schleswig und eine Fahrt nach Hamburg-Altona mit Landung und Aufenthalt ausgeführt hat. Ferner ist das Luftschiff verpflichtet, in der Zwischenzeit nach Möglichkeit Ortsaufstiege in Kiel auszuführen. Von Hamburg tritt das Luftschiff ab, sobald die Wetterlage es erlaubt, die Reise nach Berlin durch die Luft an. Eine weitere Ausdehnung des Programms ist mit Rücksicht auf die Wetterlage und die vorgeschriebene Jahreszeit trotz aller Bemühungen des Präsidiums nicht zu erreichen gewesen.

Erst lesen, dann unterschreiben! Wie oft kommt es vor, daß Arbeiter oder Frauen sich überreden lassen, einen Bestellschein zu unterschreiben, ohne erst zu lesen, was sie unterschreiben. So geschah es erst kürzlich, daß ein junger Mann glaubte, einen Bestellschein auf drei Hemden unterschrieben zu haben. Als er aber später drei Duzend Hemden im Werte von 250 Mk. per Nachnahme erhielt und die Annahme verweigerte, mußte er sich davon überzeugen, daß er in Wirklichkeit drei Duzend Hemden bestellt hatte. Auch in der Anfertigung und Vergrößerung von Bildern wird nach dieser Richtung hin manches geleistet und „Kunststudien“ schießen überall wie Pilze aus der Erde. Die Herren „Vertreter“ dieser Branche suchen mit Vorliebe die Wohnungen der Arbeiter auf und da ihnen ein gutes Mundwort zur Verfügung steht, haben sie leider bald gewonnenes Spiel. In der Regel muß der Besteller auch noch eine Anzahlung leisten und nicht selten kommt es vor, daß sich der Vertreter mit der entgegengenommenen Bestellung und der Anzahlung nie wieder sehen läßt. Sehr oft sind übrigens die Besteller über die empfangenen „Kunstwerke“ enttäuscht. Deshalb eruchen wir unsere Leser, die Bestellscheine oder Bestellscheine vor der Unterschrift erst einige Male genau zu lesen und sich reichlich zu überlegen, ob sie sich nicht dadurch der Willkür des anderen Vertragschließenden bedingungslos überliefern. Wer sich über die Tragweite der Vertragsparagrafen nicht völlig klar ist, der ziehe vor der Unterschrift lieber erst Erkundigungen ein. Besonders zu beachten ist bei Abschließen solcher Geschäfte, daß mündliche Abmachungen neben den schriftlichen nicht den geringsten Wert haben. Auch darauf wollen wir noch besonders hinweisen, daß man von Verträgen — ganz gleich, ob sie mündlich oder schriftlich abgeschlossen sind — nicht einmal nach einer Minute, viel weniger nach 24 Stunden, einseitig zurücktreten kann.

Handelsregister. Am 1. November 1910 ist eingetragen: 1. bei der Firma F. K. W. in Lübeck: Der Kaufmann G. G. B. Engelbrecht in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. November 1910 begonnen. Die Protokolle des Paul Engelbrecht ist erloschen. 2. bei der Firma C. F. W. Krohn in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Verurteilung. Der seit Ende August wegen Betrugs von 100 000 Mark zum Nachteil Lübecker, Hamburger und Berliner Kaufleute in Untersuchungshaft befindliche sächsische Kaufmann Dapa wurde Dienstag der Irrenanstalt zugeführt.

Ein guter Fang wurde, wie bereits berichtet, in der vorletzten Nacht von der hiesigen Polizei gemacht. In den letzten Wochen hatten sich in der Vorstadt St. Lorenz Einbruchdiebstähle gehäuft, deren gleiche Ausführung auf ein und denselben Täter schließen ließ. Der Dieb stieg regelmäßig durch offengelassene Battereisen in die Wohnungen ein und stahl im Schlafzimmer aus den Kleiderschubladen der Bewohner die Geldbörsen. Meistens konnte er es auch nicht unterlassen, die schlafenden Frauen unanständig zu berühren. Erwachten sie, so verschwand er auf demselben Wege, auf dem er gekommen war. In der Nacht zum Mittwoch hatte er in einem Hause der Vorstadt St. Lorenz wieder einen Diebstahl ausgeführt und darauf die Frau berührt. Diese erwachte sofort und alarmierte ihren Ehemann, der hinter dem Flüchtenden her sprang, ihn aber bald aus den Augen verlor. Er holte sich nun Polizeibeamte, die zufällig Polizeihunde bei sich hatten. Die Hunde nahmen sofort die Spur auf und stellten den Dieb einige Straßen weiter. Dort wurde er gefaßt, entkam jedoch noch einmal. Er flüchtete über einen Zaun, der Polizeihund Prinz war aber ebenso schnell hinter ihm her und setzte ihn derart zu, daß der Mann schließlich laut um Hilfe rief. Der Hund hatte ihn u. a. das ganze Zeug vom Leibe gerissen. Der Einbrecher entpuppte sich als der Sohn eines Drechslers aus der Hundestraße.

Nur fünf Dampfer für billige Briefe nach Amerika im November. Briefposten nach Amerika gehen mit dem Eintritt des Winters wieder nur noch wenige, da die Zahl der Dampfer sich verringert. Deutsche Dampfer mit billigen Briefen gehen im Laufe des Monats November nur noch fünf. Schnelldampfer von Bremerhaven gehen, je am Dienstag, dem 8., 15. und 20. November. Hamburger Dampfer aus Cuxhaven werden benutzt am 5. und 19. November. Am 5. November geht „Amerika“, am 8. „George Washington“, am 15. „Kronprinz Wilhelm“, am 19. „Kaiserin Auguste Victoria“ und am 29. „Kaiser Wilhelm der Große“. Alle Dampfer sind aber Schnelldampfer. Sie bieten für die letzte Zeit vor ihrem Abgang nicht nur die billigste, sondern auch die schnellste Gelegenheit zur Beförderung von Briefsendungen nach den Vereinigten Staaten. Die Bremer Schnelldampfer brauchen im allgemeinen sieben, die Hamburger neun Tage.

pb. Mufus. Ein am Hause Große Burgstraße Nr. 56 angebrachtes Reklameschild im Werte von 30 Mk. ist in der Nacht vom 30. auf den 31. vor. Mts., anscheinend von unfugtreibenden Personen mutwillig zertrümmert worden. Der Geschädigte setzt für denjenigen, der den Täter so nachweist, daß seine Bestrafung erfolgen kann, eine Belohnung von 30 Mark aus.

pb. Abhanden gekommen. Die als gestohlen gemeldete Kiste mit Schreckschußpistolen und Amoreesforken ist nicht auf dem Güterboden gestohlen, sondern vermutlich vom Radwagen auf dem Transporte nach dem Geschäftslökal abhandengekommen.

pb. Stiefbriefling. Festgenommen wurde ein Bureaugehilfe, der seitens des Untersuchungsrichters in Eberfeld wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges stiefbrieflich verfolgt wird.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag, abends 8 Uhr, gelangt Harnisons reizendes Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“ zur Aufführung. — Am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, kommt der Schwanz „Die drei Klingelzüge“ von Ernst Albert zur nochmaligen Wiederholung.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag, abends 8 Uhr, kommt die erfolgreiche Operette „Die Förster-Christi“ von Georg Jarro zur Wiederholung. — Am Sonnabend geht das reizende Lustspiel „Der Weidenfresser“ von Gustav von Moser in neuer Einstudierung in Szene.

Moislung. Parteiversammlung. Wir machen die Genossen und Genossinnen auf dieser Stelle auf die am Sonntagabend 9 Uhr in Schreders Kaffeehaus stattfindende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins aufmerksam. Der Parteisekretär Genosse W. o. m. e. wird uns Bericht über die Verhandlungen des Magdeburger Parteitages erstatten. Es ist Pflicht der Mitglieder, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen.

Schwartau. Eine gut besuchte Protestversammlung fand hier am Sonntag statt. Der Genosse Bartels-Altona hatte das Referat übernommen. Er schilderte die Vorgänge in Moabit und geteilt die Verleumdungen der bürgerlichen Presse. Genosse Leu und Genosse Künzel unterstützten die Ausführungen des Referenten.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitsssekretariats findet morgen — Freitag — von 8-8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, „Traffepaal“, statt.

Seeroh. Protestversammlung. Hier fand am Sonntag eine gut besuchte Protestversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Knebelgesetze oder Volksrechte.“ Der Genosse Bartels-Altona ging mit dem Verleumdungsjug der bürgerlichen Presse scharf ins Gericht. In der Diskussion sprach die Genossin Leu im gleichen Sinne. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Travemünde. Parteiversammlung. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet nächsten Sonntag, nachmittags präzis 4 Uhr, in Dortmunds Lokal statt. Der Parteisekretär Genosse W. o. m. e. wird einen Vortrag über „Die Revolution in Portugal“ halten. Da der Referent am Abend noch einer Versammlung beizuwohnen muß, ist es unbedingt nötig, daß die Parteigenossen sich möglichst pünktlich einstellen.

Hamburg. Schiffs-Unfälle. Alle Nachforschungen nach dem untergegangenen Harburger Leichter „Anna“ sind bisher erfolglos gewesen. Die verunglückten drei Mann Besatzung des Leichters waren sämtlich Deutsche. Der Name des Schiffers ist Reinhold Klein. Der Leichter führte eine Ladung Soya-Kuchen im Werte von 40 000 Mark mit sich. — Aus Aberdeen (Schottland) wird unterm 2. November gemeldet: Der Kapitän des heute hier eingetroffenen Geestemünder Fischdampfers „Präsident Herwig“ meldet, daß er vorgestern auf der Höhe von Fair Isle, 800 Meilen von Island, mit dem Fischdampfer „Augsburg“, der deutschen Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“ gehörig, zusammengestoßen ist. Der Dampfer „Augsburg“ ist untergegangen. Sechs Mann der Besatzung ertranken. Die Überlebenden, dreizehn an der Zahl, sind in Aberdeen gelandet und werden in die Heimat zurückbefördert werden. Unter den Verletzten befinden sich der Kapitän und der zweite Ingenieur.

Hamburg. Zur Frage eigener Versammlungslökalen in Hamburg. In der am Dienstag im Gewerkschaftshause zu Hamburg tagenden Sitzung des Gewerkschaftsrates, der Vertretung von über 100 000 organisierten Arbeitern, wurde auch die Frage der Errichtung eigener Versammlungslökalen in den Vororten erörtert. Infolge der Wertsteigerung des Grund und Bodens sind die meisten größeren Lokale verschwunden, in Stadtteilen von über 100 000 Einwohnern sind fast gar keine Lokale mehr, die sich zur Versammlungszwecken eignen, und die Inhaber der noch vorhandenen verlangen für Versammlungen Saalmieten bis 300 Mk. Um aus diesem Dilemma zu kommen, haben sich in diesen Stadtteilen Arbeiterkassenvereine gebildet, die von ihren Mitgliedern Beiträge zum Baukosten erheben. Um die Sache zu forcieren, hat, wie mitgeteilt wurde, die Versammlung der Gewerkschaft des Gewerkschaftshauses vor einigen Tagen folgende Resolution beschlossen:

Die heutige Gesellschaftsversammlung erkennt die Notwendigkeit der Errichtung von größeren Versammlungslökalen in den Vororten im Interesse der organisierten Arbeiterchaft Hamburgs an.

In der Voraussetzung, daß die organisierten Arbeiter Hamburgs bereit sind, den Bau von größeren Versammlungslökalen in den Vororten moralisch und finanziell zu unterstützen, erklärt sich die heutige Gesellschaftsversammlung bereit, die Durchführung dieser Aufgabe zu übernehmen resp. sich an der Durchführung zu beteiligen. Sie bevollmächtigt die Geschäftsleitung, nach vorherigem Einvernehmen mit den Vertretern der organisierten Arbeiter Hamburgs evtl. Baugrund zu diesem Zweck zu erwerben und zu bebauen.

Kiel. Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigte sich am Dienstag abend eine nach dem Gewerkschaftshause einberufene gemeinsame Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Ortsvereine von Kiel, Kiel-Gaarden, Winterbeck-Hafsee, Ellerbeck und Wellingdorf. Die Wahlen finden am Mittwoch, 23. November, statt. Nach einem Referat des Genossen Kuhn über die Tätigkeit und das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion in den Stadtkollegien wurden folgende acht Genossen für die Wahl als Kandidaten aufgestellt: Adam, Adler, W. Breccour, Guttmann-Winterbeck, Graffelt-Ellerbeck, Gab, Niechers und Schärer.

Olkenburg. Auf traurige Weise kam im benachbarten Goretten der elfjährige Sohn des Dienstmannes Corbes ums Leben. Beim Kartoffelschälen hänfelte er sich mit seinem 13jährigen Bruder. Der jüngere verfehlte dem älteren einen Ruff, und als er darauf weglief, stürzte er an der Tür und fiel in sein offenes Schälmeißel, das ihm ins Herz drang und den sofortigen Tod herbeiführte.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Mittwoch, 2. November.
D. Lübeck, Kapl. Lundin, von Kopenhagen, 15 St.
D. Constantia, Kapl. Jansson, von Rastb., 3 St.
D. Thor II, Kapl. Jörgensen, von Rastb., 3 St.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Mittwoch, 2. November.
Eben Gzar, Kapl. Rasmussen, nach Burg a. B.
D. Gypres, Kapl. Davidsen, nach Flensburg.
D. Britannia, Kapl. Stoll, nach Gmden.
D. Weile, Kapl. Andersen, nach Maritager.
D. Afrika, Kapl. Andersen, nach Wiborg.
D. Siegfried, Kapl. Petersen, nach Horsens.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Köwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellings, Verleger: Th. Schwart, Druck: F. Weyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“ jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende.

Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfehlen

Braune Kuchen, sowie braune und weiße Pfeffernüsse, Platen- und Topfkuchen in bekannter Qualität.

Unsere unten aufgeführten Niederlagen halten hiervon stets Vager, auch nehmen dieselben jederzeit Bestellungen entgegen. Gleichzeitg empfehlen unser nur aus bestem Roggen- und Weizenmehl hergestelltes Grob- und Feinbrot, Gemengtes, sowie alle sonstigen Backwaren.

In der Stadt:

H. Steenbock, Al. Gröpelgrube 8.
G. Frost, Rosenstraße 2.
F. Nehlsen, Rosenstraße 21.
H. Wille, Gr. Gröpelgrube 10.
Frau Doss, Große Gröpelgrube 19.
C. Meincke, Gr. Gröpelgrube 55.
L. Kohl, Große Gröpelgrube 63.
Frau Bohnhoff, Kanalstr. 11.
Wwe. Meier, Wakenismauer 2.
J. Krellenberg, Wakenismauer 5a.
Ww. Schultz, Wakenismauer 23.
L. Koch, Wakenismauer 42.
H. Blunck, Wakenismauer 80.
Wwe. Scheel, Wakenismauer 92.
W. Schult, Wakenismauer 124.
W. Kröger, Wakenismauer 160.
H. Dannert, Weiter Lohberg 15.
J. Damm, Langer Lohberg 20.
Konsumverein, Lg. Lohberg 30/32.
C. Timm, Glockengießerstraße 16.
E. Berner, Glockengießerstr. 22.
P. Witt, Glockengießerstraße 26.
Hansa-Meierei, Glockengießerstr. 29.
J. Bremer, Glockengießerstraße 54.
F. Hoff, Glockengießerstraße 74.
W. Reimers, Glockengießerstr. 89.
A. Dibbert, Tünnenhagen 20.
C. Mierke, Hundestraße 20.
H. Sachau, Hundestraße 29.
K. Lender, Hundestraße 42.
Frau Westphal, Hundestraße 79.
M. Jarmer, Hundestraße 99.
H. Straatmann, Rosengarten 4.
M. Schlichting, Johannisstr. 58.
Konsumverein, Fleischhauerstr. 30.
Frau Körner, Schumacherstr. 4.
H. Tews, Schumacherstr. 39.
J. Bentin, Hüßstraße 42.
H. Schley, Hüßstraße 120.
J. Kasten, Balauerjohr 2.
E. Grützmacher, Balauerjohr 22.
A. Wehling, Wahnstraße 48.
C. Ohlson, Wahnstraße 50/52.
W. Kruse, Wahnstraße 68.
F. Zabel, Wahnstraße 93.
Frau Gottschalk, Krähenstraße 9.
F. Hartmann, Krähenstraße 12.
Wwe. Prehn, Krähenstraße 32.
H. Busch, Krähenstraße 34.
B. Bockholdt, Stavenstraße 8.
H. Donalis, Stavenstraße 25.
J. Baars, Stavenstraße 41.
Frau Grammerstorf, Regidienstr. 14.
J. Bünning, Regidienstraße 24.
C. Wittfoht, Weberstraße 12.
J. Börth, Weberstraße 26.
F. Jacobi, St. Annenstraße 22.
Wwe. Langmaak, St. Annenstr. 30.
H. Eggers, Mühlenstraße 60.
H. Schippmann, Mühlenstr. 87.
G. Range, Kleiner Bauhof 1.
H. Schlieper, Effengrube 3.
C. Lütge, Effengrube 9.
P. Hanke, Hartengrube 15.
A. Prüss, Hartengrube 20.
J. Müller, Hartengrube 21.
J. Meitzel, Hartengrube 34.
P. Winter, Hartengrube 37.
H. Retelsdorf, Hartengrube 46.
Frau Ulmitzer, Obertrave 24.
H. Klatt, Lichte Querstraße 16.
Julius Müller, Danforthstraße 32.
A. Luckmann, Danforthstraße 69.
Ww. Böckmann, Marlesgrube 50.
H. Gosch, Marlesgrube 65.
A. König, Deponat 24.
W. Schulze, Al. Petersgrube 12.
H. Feddern, Al. Riefan 8.
F. Mirow, Schmiedstraße 3.
Jd. Voss, Alstraße 25.
F. Bohnsack, Ende Querstraße 2.
Wwe. Rachow, Untertrave 51.
Wwe. Ehlers, Großer Riefan 9.
H. Stähli, 7. Querstraße 9.
F. Volkstaedt, Badergrube 33.
Wwe. Peters, Böttcherstraße 9.
A. Vielhaak, Böttcherstraße 22.
Wwe. Dieckmann, Böttcherstr. 32.
H. Schmock, Rappertshofstraße 12.
R. Jaacks, Rappertshofstraße 24.
Frau Schmidt, Fühgrube 21.

W. Grube, Fischergrube 23.
F. Nehlsen, Fischergrube 42.
J. Kock, Fischergrube 90.
H. Düssler, Schwönelenquerstraße 8.
S. Resenhöft, Schwönelenquerstr. 26.
F. Wiezenty, Schwönelenquerstr. 28.
Frau Schwartz, Engelsgrube 30.
H. Wittfoht, Engelsgrube 38.
A. Jaeschke, Engelsgrube 75.
F. Meyer, Ellerbrook 12.
C. Schlichting, Engelswisch 22.
H. Bleuss, Engelswisch 35.
W. Dreyer, Engelswisch 41.
H. Rehmann, Alsheide 4.
Frau Gellert, Alsheide 19.
E. Kähler, Burgtreppe 1.
K. Wunderlich, Gr. Burgstr. 32.

Vorstadt St. Lorenz:

F. Tisarik, Schwartauer Allee 79.
H. Westphal, Schwart. Allee 113.
J. Goldschmidt, Schwart. Allee 178a.
H. Schwarz, Schwart. Allee 191.
R. Drott, Schwartauer Allee 223.
Wwe. Steder, Josephinenstr. 3.
K. Schwanz, Drögestraße 4.
H. Wulf, Drögestraße 11.
J. Dietz, Drögestraße 15.
H. Lange, Drögestraße 112.
H. Kröger, Brodesstraße 11.
W. Berend, Brodesstraße 20.
F. Stümer, Brodesstraße 46.
C. Heitmann, Westhoffstraße 11.
A. Fuhrmann, Westhoffstraße 28.
Wwe. Wieschendorf, Westhoffstr. 45.
J. Kölzow, Westhoffstraße 52.
R. Nevermann, Ludwigstraße 8.
H. Wessel, Ludwigstraße 27.
H. Borgwaldt, Ludwigstraße 36.
G. Friede, Ludwigstraße 38.
W. Bollow, Ludwigstraße 57.
A. Westphal, Ludwigstraße 69.
C. Bannow, Geberdesstraße 17.
H. Techau, Geberdesstraße 44.
J. Vossgrag, Geberdesstraße 50.
W. Jürgens, Geberdesstraße 65.
J. H. Puls, Friedenstraße 29.
H. Staass, Friedenstraße 49.
J. Schmidt, Friedenstraße 66.
O. Bähnk, Friedenstraße 76.
Th. Plate, Friedenstraße 78.
C. Wendt, Friedenstraße 84.
A. Kähler, Friedenstraße 92.
J. Wittfoht, Friedenstraße 114.
J. Meins, Glandorpstraße 3.
H. Roden, Glandorpstraße 12.
E. Grimm, Glandorpstraße 21.
O. Karge, Glandorpstraße 50.
Wwe. Abraham, Meiserstraße 18.
W. Bätker, Meiserstraße 19a.
C. Meier, Meiserstraße 28.
H. Neumann, Meiserstraße 38a.
A. Burmester, Meiserstraße 43.
Konsumverein, Warendorpstr. 1-3.
F. Ahrens, Warendorpstraße 10.
W. Sütke, Warendorpstr. 25.
J. Hildebrandt, Warendorpstraße 26.
F. Berger, Warendorpstraße 32.
J. Piel, Warendorpstraße 41.
A. Dittmer, Warendorpstraße 60.
H. Heitmann, Warendorpstr. 72.
K. Korf, Wiedestraße 42.
L. Kohl, Wiedestr. 52.
H. Holst, Wiedestraße 53.
C. Reimers, Wiedestraße 62.
H. Vollert, Glöginstraße 13b.
W. Flachskämper, Greveradenstr. 7.
C. Piel, Greveradenstr. 9.
J. Jabs, Adlerstraße 6.
G. Voss, Adlerstraße 14.
F. Heisler, Adlerstraße 36.
G. Hartkopf, Adlerstraße 38.
H. Burmeister, Klappenstraße 1.
H. Levermann, Klappenstraße 19.
Wwe. Mariens, Segebergstraße 10.
M. Oesterreich, Segebergstraße 24.
A. Waedow, Sadowstraße 19.
Ch. Westpheling, Sadowstr. 36.
Ww. Franck, Waisenhofstraße 4a.
F. Thomsen, Borbedstraße 12.
H. Rohweder, Borbedstraße 17.
K. Person, Sedanstraße 1a.
J. Riemann, Sedanstraße 3.

F. Kaaksteen, Sedanstraße 11.
H. Schwarz, Sedanstraße 17a.
J. Fischer, Schönböfenerstraße 12.
H. Bruse, Schönböfenerstraße 16.
R. Fromm, Fackenburg Allee 23.
C. Trost Nachf., Fackemb. Allee 55c.
H. Schröder, Ziegelstraße 14.
Ch. Hagen, Ziegelstraße 114.
Ww. Dührkoop, Ritterstraße 6.
A. Burmeister, Steinraderweg 30 b.
J. Kock, Steinraderweg 32.
F. Dankert, Schützenstraße 25 a.
A. Mann, Schützenstraße 36 a.
Wwe. Klempau, Schützenstraße 47 a.
P. Schläfke, Schützenstraße 54.
Wwe. Müller, Schützenstraße 55 a.
F. Dvorack, Schützenstraße 58.
Frau Molge, Schützenstraße 63.
J. Sporns, Hansastraße 31.
Fedder J. Behm, Hansastraße 97.
F. Reese, Hansastraße 105.
H. Schmidt, Hansastraße 117.
H. Sohst, Löpferweg 69.
Hansa-Meierei, Meierstraße 34a.
Wwe. Puls, Meierstraße 37.
H. Schröder, Meierstraße 45.
A. Feuerlein, Lindenstraße 11a.
H. Jacobsen, Lindenstraße 19.
Konsumverein, Lindenstraße 48.
W. Deichmann, Lindenstraße 55.
J. Langhoff, Mittelstraße 13 a.
J. Stoll, Mittelstraße 19b.
H. Bartels, Mittelstraße 25.
F. Meins, Ernestinenstraße 2.
W. Reimer, Ernestinenstraße 15.
E. Dostal, Emilienstraße 3.
J. Lange, Emilienstraße 17.
W. Burmeister, Brüderstraße 1.
J. Beck, Brüderstraße 6.
J. Kähler, Dornestraße 5.
F. Schaper, Dornestraße 21.
A. Beck, Dornestraße 26a.
H. Eggert, Dornestraße 38c.
Wwe. Oldenburg, Dornestraße 41.
Frau Krauthamm, Brückstraße 16.
P. Köhn, Fuchtingstraße 4.
A. Bothe, Fuchtingstraße 18.
G. Keratis, Karpfenstraße 11 a.
M. Schmidt, Karpfenstraße 27 a.
J. Fürstenau, Georgstraße 12.
A. Lankau, Georgstraße 13 a.
Th. Strunck, Georgstraße 24.
Frau Kölln, Georgstraße 25.
W. Häse, Georgstraße 30.
H. Rickert, Georgstraße 33.
A. Krellenberg, Krausestraße 3.
Frau Giertz, Finkenstraße 3.
Frau Kuhse, Wielandstraße 9a.
L. Weimann, Maiblumenstraße 8.
O. Arndt, Lilienstraße 10.
H. Waedow, Lilienstraße 12.
A. Denker, Margarethenstraße 1.
H. Oldörp, Margarethenstraße 8 a.
H. Ehrhardt, Margarethenstraße 15.
F. Dencker, Margarethenstraße 25.
Johs. Schwabroh, Moisling Allee 33.
Frau Schwarz, Moislinger Allee 61.
A. Brüggemann, Moisling Allee 83.
H. Hirsacker, Moislinger Allee 144.
O. Pöttsch, Moislinger Allee 180.

Vorstadt St. Gertrud:

F. Groth, Adolfsstraße 2.
W. Abraham, Adolfsstraße 2f.
Wwe. Meyer, Langereihe 31.
H. Köhler, Bogelhang 7.
M. Schwang, Paulstraße 11 a.
Wwe. Kipp, Paulstraße 18.
J. Beeck, Grüner Weg 6b.
A. Kayatz, Größstraße 20.
Ww. Stooss, Arminstraße 10c.
J. Schwarz, Arminstraße 35.
E. Borgwaldt, Arminstraße 46 a.
H. Jacke, Schönlampstraße 5 a.
Ww. Kieckbusch, Schönlampstr. 11.
H. Schmidt, Schönlampstr. 14.
A. Maass, Heimrichstraße 18.
A. Oldenburg, Lühovstraße 1a.
C. Eilandt, Lühovstraße 10.
L. Kreutzfeld, Lühovstraße 13.
Jd. B. Boy, Lühovstraße 30.
O. Greve, Marlstraße 10.
H. Wendt, Marlstraße 21 c.

Konsumverein, Marlstraße 23.
Wwe. Lütge, Marlstraße 27.
C. Hudoffsky, Marlstraße 44.
K. Hein, Marlstraße 70.
W. Nevermann, Voignystraße 5.
J. Stender, Bülowstraße 2a.
O. Schweim, Bülowstraße 8.
F. Lorenz, Chasotstraße 21.
R. Hack, Rottwischstraße 39.
H. Jacob, Rottwischstraße 53.
Frau Fessel, Gneisenaufstraße 4.

Vorstadt St. Jürgen:

F. Schmock, Falkenstraße 21.
K. Daniels, Altendornstraße 21.
K. Bremer, Altendornstraße 31.
Wwe. Moll, Altendornstr. 57.
F. Svensson, Travenmannstr. 4.
H. Junge, Travenmannstraße 33/34.
Frau Anders, Travenmannstraße 47.
H. Arft, Morkefstraße 13a.
Frau Beuthien, Pelzerstraße 4.
J. Höppner, Pelzerstraße 18.
E. Bollhorn, Pelzerstraße 19a.
Frau Metz, Bleicherstraße 13.
P. Bahr, Dorotheenstraße 14.
O. Höfke, Blaudstraße 14a.
H. Imdicke, Blaudstraße 25.
H. Schütt, Augustenstraße 14.
H. Strübing, Augustenstraße 17.
A. Fick, Wakeniststraße 5a.
H. Möller, Blücherstraße 23.
H. Storm, Bäckerstraße 11a.
J. Kähler, Elswigstraße 1a.
Konsumverein, Elswigstraße 9a.
C. Fick, Elswigstraße 16.
H. Hafemann, Elswigstraße 17a.
W. Laudi, Elswigstraße 21a.
G. Wulff, Büffelstraße 5a.
J. Frost, Rahlhorststraße 46a.
H. Steffen, Rahlhorststraße 47.
H. David, Feldstraße 2.
H. Blunk, Cronsförder Allee 51.
Ww. Ahrens, Cronsförder Allee 74.
F. Eggers, Cronsförder Allee 105.
H. Brüggemann, Cronsf. Allee 111.
C. Piper, Friedrichstraße 1.

Auswärts:

J. Schult, Krempeisdorf.
H. Lütgens, Fackenburg.
Ch. Lütgens, Fackenburg.
Konsumverein Fackenburg.
A. Schnoor, Stodellsdorf.
Th. Stuhr, Stodellsdorf.
Wwe. Luckert, Stodellsdorf.
Konsumverein, Stodellsdorf.
J. Hennings, Steinarde.
Frau T. Meier, Mori.
W. Stuhr, Schönböfen.
F. Zamel, Schönböfen.
R. Schmachtel, Moislinger Baum.
C. Pohl, Moislinger Heide.
H. Mett, Moisling.
H. Ohde, Moisling.
H. Schatt, Moisling.
A. Schwarz, Moisling.
F. Lembke, Moisling.
Konsumverein, Moisling.
J. Struss, Moisling.
G. Stamer, Genin.
F. Tietge, Genin.
G. Hinz, Borwerf.
W. Mowitz, Borwerf.
C. Beier, Borwerf.
Konsumverein, Borwerf.
Ww. Pruss, Tremser Kamp.
O. Malchow, Steinfeld.
P. Dohse, Schwartau.
Konsumverein, Schwartau.
H. Stender, Israelsdorf.
H. Petersen, Seerep.
F. Häse, Schlutup.
Konsumverein, Schlutup.
F. Schramm, Ahrensbf.
H. Bremer, Hafftrug.
Ed. Heinsen, Gleschendorf.
E. Böttcher, Neudorf.
Konsumverein, Cutin.
W. Albers, Cutin.
Wilh. Ulrich, Oldesloe.
W. Voss, Oldesloe.
G. Dencker, Gadebusch.
F. Brauer, Travemünde.

Arbeitergroßchen.

In dem zum Glück vergeblichen Mühen, die Arbeitererschaft von der gewerkschaftlichen Pflichterfüllung abzuhalten, tut sich ganz besonders ein Herr Westphal hervor. Wir haben uns schon mehrfach mit diesem Herrn und seiner treudeutschen Kampfmethode beschäftigt. Er ist, wenigstens was seine Rangstellung betrifft, kein Mann gewöhnlichen Schlages, sondern trägt den Titel eines Geheimen Regierungsrats, eines Professors, und was ganz besonders wichtig ist, eines Majors der Landwehr außer Diensten. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer des Ruffhäuserbundes der deutschen Landeskriegerverbände. Dieser Herr glaubt nun etwas ganz Besonderes zu vollbringen, wenn er für die Behauptung vertritt, daß die gewerkschaftlichen Arbeitergroßchen nicht den organisierten Arbeitern, sondern den „Führern“ zugute kommen. Die „Führer“ stecken, wie es mehrfach wörtlich in der „Ruffhäuser-Korrespondenz“ hieß, die gewaltigen Summen, die die Arbeitererschaft für Organisationszwecke aufbringt, in die eigene Tasche. Diese Behauptung, über deren sachlichen Wert im Munde eines Offiziers a. D. wir hier kein Wort weiter verlieren wollen, wird von Zeit zu Zeit durch Zusammenstellungen von Zahlen bekräftigt; und auch in der am 16. Oktober 1910 erschienenen Nummer 82 der amtlichen Zeitung des Deutschen Kriegerbundes „Parole“ wartet Major Westphal mit einer Rechenarbeit auf, in der nach früherem Brauch dargelegt wird, daß in den Gewerkschaften nicht weniger als 41,2 Proz. aller Ausgaben auf Verwaltungszwecke entfallen. Diese Behauptung zu beweisen, ist für Herrn Westphal eine Kleinigkeit. Verwaltungsausgaben sind für ihn nicht nur die eigentlichen Ausgaben dieser Art, sondern auch die Ausgabe für Agitation, für Statistik, Stellenvermittlung, Projektkosten und ferner die bei der Verschleudernheit der Durchführung nicht gut anders zu rubrizierenden „Sonstigen Ausgaben“, die 1909 allein in allen 57 der Generalommission angeschlossenen Gewerkschaften 2345 467 Mk. oder 4,4 Proz. der Gesamtausgaben ausmachten. Das beste leistet Major Westphal sich aber, indem er wörtlich folgendes schreibt:

„So wird zum Beispiel in einer der Tabellen ganz nebenächlich (unter der Rubrik „den Zahlstellen verblieben von den Beiträgen“) die enorme Summe von 7 184 188 Mk. (1909) aufgeführt; es sind dies offenbar die Vergütungen für das Einkassieren der Beiträge.“

Der gute Mann hat mithin, so wollen wir einmal zu seinen Gunsten gelten lassen, keine Ahnung davon, daß es in der Zentralisation unmöglich ist, die einzelnen Zahlstellen ohne Geld zu lassen. Weil aber die am nächsten liegende und wohl natürlichste entsprechende Annahme, daß auch die den Zahlstellen verbliebenen Summen zum weitestgehenden Teil als lokale Unterstützungszuschüsse und zur Unterhaltung lokaler Einrichtungen verwandt werden, keine Wirkung hätte, so stellt der Major a. D. schlankweg die ungeheuerliche Behauptung auf, daß volle 13,4 Proz. der Gesamtausgaben in die Taschen der Lokalkassierer wandern.

Allein mit dieser Festnagelung wäre die Kampfmethode des Kriegervereinsleiters abgetan, der es in seinem Angriff auf die Gewerkschaften wunderlicherweise unterläßt, am Beispiel der Kriegervereine zu zeigen, wie denn wirklich „Arbeitergroßchen“ verwendet werden müssen. Um das zu erfahren, sind wir genötigt, uns an einen wahrheitslieblich vom Ruffhäuserverband kürzlich verhanden Wascheitel zu halten. Wir richten uns nach dem am 5. Oktober 1910 in der „Deutschen Tageszeitung“ erfolgten Abdruck und finden da wörtlich das Folgende:

„Das Gesamtvermögen des Ruffhäuserbundes betrug Ende 1909 45,75 Millionen Mk. Eine große Ausgabe steht der Ruffhäuserbund in seiner sozialen Tätigkeit. An Unterstützungen wurden darum im Jahre 1909 5 100 338 Mk. ausgezahlt.“

Jeder Kassierer irgendeiner Organisation wird es seltsam finden, daß in einer solchen Aufstellung nicht die Gesamteinnahme, sondern das Gesamtvermögen des Bundes mit den Ausgaben an Unterstützungen in einer Reihenfolge genannt wird. Doch das ist Sache der Kriegervereine. Wollten aber die Gewerkschaften nach derselben, praktisch wie gesagt wertlosen Methode verfahren, so würde der Ruffhäuserbund sehr beschämt dastehen, und zwar selbst dann, wenn die von Herrn Westphal gebrachte Zusammenstellung der gewerkschaftlichen Zahlen ebenso einwandfrei wäre wie sie vermeintlich ist. Die Gewerkschaften geben dann, da ihr Vermögen etwa 43 1/2 Millionen Mark beträgt, immer noch weit über die Hälfte für Unterstützungs- und Wohlfahrtszwecke aus, während die Kriegervereine nach ihrer wunderlichen Aufstellung nur etwa ein Neuntel hierfür verwenden.

Wenn wir uns nun zum Überfluß noch weiter ein wenig mit den Angriffen des Herrn Westphal beschäftigen, so soll es nur geschehen, um die Inkonsequenz der tapferen Krieger im allgemeinen zu kennzeichnen. Bekanntlich sind die Mitglieder der freien Gewerkschaften aus den Kriegervereinen ausgeschlossen, die der christlichen und der Scharf-Schützenvereine Organisationen hingegen zugelassen. Nun aber lehrt die Statistik für das Jahr 1909 einwandfrei das Folgende: Es zahlten für: Rechtschutz und Unterstützungen insgesamt:

	Or-	Mit-	Mk.	pro
	gan-	glieder-		Kopf
	sationen	zahl		
Zentralverbände . . .	57	1832667	2114446	11,52
S.-D. Gewerkschaften . . .	22	108028	438172	4,06
Christl. Gewerkschaften . . .	21	270751	1214450	4,49
Streiks, Aussperrungen und Gemahregelte:				
Zentralverbände . . .	57	1832667	7979115	4,35
S.-D. Gewerkschaften . . .	22	108028	149223	1,37
Christl. Gewerkschaften . . .	21	270751	489023	1,80
Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:				
Zentralverbände . . .	56	1823663	9719757	5,33
S.-D. Gewerkschaften . . .	15	101572	357321	3,52
Christl. Gewerkschaften . . .	13	185844	195536	1,05

Diese Gegenüberstellung zeigt, wie richtig es ist, wenn man ein entgegengesetztes Feind der freien Ge-

werkschaften bekennen muß, es handele sich bei ihnen oder, wie er sich wörtlich ausdrückt, bei der „Sozialdemokratie“

um die Wahrnehmung der Berufs- und Lebensinteressen eines einzigen Standes, des mit der Hand seinen Lebensunterhalt verdienenden Arbeiterstandes, und es sei begreiflich, daß eine große Opferwilligkeit zu erweisen sei, wenn es die Verbesserung der eigenen Lebenshaltung gelte.“

Für diejenigen, die wissen möchten, wie denn der Gegner heißt, der den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften diese ehrende Anerkennung zollt, sei bemerkt, daß der Autor der hier angeführten Worte ganz derselbe Major Westphal ist, der sich soeben wieder mit den vorhin gekennzeichneten Mitteln um die Verdächtigung der Gewerkschaften bemüht hat. Der hier hervorgehobene Ausdruck des Lobes findet sich abgedruckt in der am 24. Januar 1909 erschienenen Nr. 6 der „Parole“, und zwar in einem von Herrn Westphal mit Namen unterzeichneten Artikel, in dem er die objektiv betrachtete ja sehr begreifliche Interesslosigkeit der Kriegervereiner tadelt und sie auffordert, sich an der Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeitererschaft ein Beispiel zu nehmen.

Für die Öffentlichkeit ist somit der Kriegervereiner-major durch seine eigenen Worte erledigt. Ob auch für die Kriegervereiner selbst, soll uns hier nicht kümmern.

Soziales.

Die Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen. Unter dieser Überschrift veröffentlicht die parteiamtliche „National-liberale Korrespondenz“ durch eine Reihe von Nummern Mitteilungen über angebliche „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Ortskrankenkassen. Die Nationalliberale Korrespondenz teilt in keinem Falle Ort oder Namen mit. Die Bezeichnung der Stelle, wo sich solche angebliche Mißwirtschaft gezeigt haben soll, ist so unbestimmt, daß auch nicht die entfernteste Möglichkeit einer Nachprüfung der Behauptungen auf ihre Wahrheit hin gegeben ist. Als Gewährsmänner werden z. B. angegeben: „Ein Rentant einer Kasse im Westen“, oder „ein Beamter einer Kasse im Norden“. Der Grund für solche unbestimmte Angaben liegt auf der Hand: Das parteiamtliche nationalliberale Organ stellt Behauptungen auf, die es zu beweisen nicht imstande ist. Die Hauptfrage ist ihm vergebende Stimmungsfrage, um bei der Beratung der Versicherungsordnung den Boden für die Wünsche der Scharfmacher zu bereiten.

Wir erklären hier die Angaben der „Nationalliberalen Korrespondenz“ über sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Ortskrankenkassen solange für niederträchtige Verleumdungen und bewußte Lügen, bis die „Nationalliberale Korrespondenz“ für jeden einzelnen von ihr angeführten Fall Ort, Namen der Beamten und Zeit des Vorfalls angibt.

Für den Ausbau der Reichsversicherungsordnung zugunsten der kaufmännischen und technischen Angestellten hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen in verschiedenen Orten Versammlungen veranstaltet, in denen folgende Entschlüsse angenommen wurde: „Die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands einberufene Versammlung richtet an den hohen Reichstag die Bitte, den Wünschen der Privatangestellten hinsichtlich der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung durch den Aufbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen in der bisherigen Invalidenversicherung zu willfahren. Immer mehr bricht sich in den Kreisen der Angestellten die Überzeugung Bahn, daß aus der in Aussicht gestellten Sonderversicherung nichts werden wird, daß der Gedanke der Sonderversicherung nur dazu dienen soll, die Angestellten abzuhalten, ihre Wünsche gelegentlich der Reichsversicherungsordnung geltend zu machen. — Die Versammlung ist der Ansicht, daß alle, die wirklich für eine Verbesserung der staatlichen Versicherung der Privatangestellten sind, diese in der Reichsversicherungsordnung erstreben müssen.“ Diese Resolution wird dem Reichstage übermittelt.

Eine Scharfmacherorganisation gegen Arbeiterbildung. In Hannover werden seit Jahren von der Freien Studentenschaft der Technischen Hochschule freie Fortbildungskurse für Arbeiter gegen die geringe Gebühr von 50 Pf. erteilt. Die Kurse finden statt in der Oberrealschule, Am Cleverort. Dort und auch im städtischen Arbeitsschule, Am Himmelreich, werden Anmeldungen entgegengenommen. Damit ist doch bewiesen, daß die Kurse keine sozialdemokratische Einrichtung sind. Selbstverständlich haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wie überhaupt die gesamte Arbeitererschaft, ein großes Interesse an den Kursen. Umstürzlerisches wird nicht gelehrt. Unbedingte Neutralität und grundsätzlicher Ausschluß aller Fragen der Politik und Religion ist die Grundbedingung der Kurse. Die Freie Studentenschaft will nur Unterricht erteilen in den Elementarfächern, vor allem in Deutsch und Rechnen. Es sind nun solche Plakate, wie sie im städtischen Arbeitsschule und anderweit angebracht sind, auch an die Arbeitgeber zum Aushang in den Fabriken gesandt. Darauf hat, wie der „Volksbote“ mitteilt, der Verein der Metallindustriellen folgendes Rundschreiben ergehen lassen:

Verein der Metall-Industriellen der Provinz Hannover und angrenzenden Gebiete. Tagesbuch-Nr. . . . Hannover, den 21. Oktober 1910. Wöddenstraße 24.

An sämtliche Mitglieder und kartellierten Firmen des Vereins.

Von dem Ausschusse der „Freien Fortbildungskurse“ für Arbeiter werden zurzeit Plakate an die hiesigen Firmen gesandt mit dem Ansuchen, sie im Betrieb auszuhängen.

Wir warnen dringend (!) davor, diesem Ansuchen der gewerkschaftlich (!) organisierten Studenten der Technischen Hochschule zu entsprechen, da dies gleichbedeutend wäre mit einer Unterstützung der Gewerkschaften (!) überhaupt.

Hochachtungsvoll
Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete.
E. Carvens, Vorsitzender.

Daß es eine Unterstützung der Gewerkschaften bedeutet, wenn auf den Plakaten steht, daß Anmeldezettel auch bei den Vertrauensleuten der Gewerkschaften zu haben sind, kann doch ernsthaft nicht gesagt werden. Wahrscheinlich aber will man sich gegen die Erhöhung der Allgemeinbildung der Arbeiter überhaupt wenden!!! Denn wenn die Arbeiter besser rechnen können, als in der Schule ihnen beigebracht ist, werden sie auch besser imstande sein, das Verhältnis der Löhne sowohl zur Arbeitsleistung wie zu den Bedürfnissen des Lebens und ihren Preisen berechnen und beurteilen zu können. Um das Werk der Freien Studentenschaft in den Augen der Mitglieder des Vereins der Metallindustriellen noch außerdem herabzusetzen, bezeichnet der Vorsitzende die Freie Studentenschaft als „gewerkschaftlich organisierte Studenten“. Leider zu Unrecht, denn gewerkschaftlich organisierte Studenten sind noch nicht da; wir hoffen aber sehr, daß es bald solche geben wird. Denn wer sich den Feß der bildungsfeindlichen Scharfmacherzunft zugezogen hat, muß die Mittel der proletarischen Organisation ergreifen, um sich gegen die Macht der Unternehmer zu wehren.

Vernünftiges aus Sachsen. Bei der sächsischen Staatsbahnverwaltung, die sich bisher ganz besonders durch große Koalitionsfeindlichkeit und Unbuddsamkeit ausgezeichnet hat, ist jetzt bestimmt worden, daß Geldsammlungen für Ehrengeschenke an scheidende Vorgesehte künftig nicht mehr gestattet sein sollen. Diese Schenkerei war bei der sächsischen Staatsbahn geradezu zu einem Unfug ausgeartet. Da gab es gewisse Elemente unter den Beamten und Arbeitern, die sich gern nach oben Liebkind machen wollten, selbst bei den schlechtbezahltesten Arbeitern. Wehe dem, der diese Schmaroher abwieß. Er machte sich sofort nach oben hin verdächtig, ein verkappter Koter oder Mitglied der Sektion der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes zu sein. Ob diese Maßnahme den Beginn einer vernünftigeren Ära in der Eisenbahnverwaltung Sachsens bedeutet? Wir glauben noch nicht daran, obgleich ja ein Wechsel in der Leitung stattgefunden hat.

Wozu ärztliche Ehrengerichte gut sind! Ein Arzt in einem Dororte Kölns hatte den Eltern eines in der Schule mißhandelten Kindes ein Attest über den Befund des Schülers ausgestellt. Das Attest wurde in der „Rheinischen Zeitung“ veröffentlicht. Statt gegen den Lehrer nachdrücklich vorzugehen, veranlaßte die städtische Schulverwaltung ein Verfahren gegen den Arzt, aber nicht etwa bei dem ordentlichen Gericht durch einen Strafantrag wegen Verleumdung des Lehrers, sondern bei dem ärztlichen Ehrengericht für die Rheinprovinz. Der Arzt, übrigens ein Nicht-„Leipziger“, lehnte das Ehrengericht wegen Befangenheit ab, gegen die Kölner Schulverwaltung aber erhob er Beschwerde bei dem preussischen Kultusminister, denn in den Akten des ärztlichen Ehrengerichts war die folgende allerdings nicht für seine Augen bestimmte Randbemerkung enthalten gewesen:

„Ich rate ab, gegen Dr. D. einen Strafantrag zu stellen, da er das Attest zum Gebrauch bei einer Behörde ausgestellt hat und ein ordentliches Gericht jedenfalls zur Freisprechung käme. Dagegen empfehle ich eventuell mit Beilage anderer Materials gegen Dr. D. Klage beim ärztlichen Ehrengericht zu Händen des Herrn Prof. Lent (Köln) zu erheben.“

Der Arzt fordert vom Kultusminister, daß er den Urheber dieser skandalösen Randnotiz ermitteln und zur Bestrafung bringe. Der an leitender Stelle der Kölner Schulverwaltung stehende Verfasser glaubt offenbar, daß das Ehrengericht den Arzt nach Wunsch abmurtzt. Das beizufügende „andere Material“, das sich gewiß auf die Kasernenarzt-eigenschaft des Dr. D. bezieht und mit dem Fall an sich gar nichts zu schaffen hat, soll ihm den Hals brechen. Durch die Dunkelkammer des ärztlichen Standesgerichts, das mit Gegnern der Kasernenärzte befehligt ist, soll das erreicht werden, wo für das ordentliche Gericht nie zu haben wäre.

Literarisches.

Arbeiter-Notizkalender 1911 ist soeben zur Ausgabe gelangt beim Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Der Arbeiter-Notizkalender erfreut sich seit vielen Jahren großer Beliebtheit in den Kreisen der organisierten Arbeiter. Alle berechtigten Anforderungen, die ein Arbeiter an ein Taschenbuch stellt, sind erfüllt. Der Kalender gibt Auskunft über alle Adressen, die für den Arbeiter von Wichtigkeit sind. Ein umfangreicher Tageskalender sowie ein Notizbuch sorgen dafür, daß er sich alle Veranstaltungen, die ihn interessieren, notieren kann. Der sonstige Inhalt ist lehrreich und interessant für jedermann. Besonderem Interesse werden die Porträts der seit Erscheinen des vorigen Kalenders neugewählten acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten begegnen. Der Preis des dauerhaft gebundenen Taschenkalenders beträgt 50 Pf. Alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs haben ihn vorrätig.

Aus den Witzblättern.

Unbeirrt. „Reisen Sie doch auch mal nach Rom, Herr Huber.“ — „Ach, dort gibt es ja kein gutes Bier.“ — „Doch, Herr Huber!“ — „So? Nun, das gibt's hier auch.“

Im Wirtshaus. „Wer ist denn Ihr Chef am Stammtisch?“ — „Na, der schmale Herr mit dem kleinen Mund, der das große Maul hat.“

Ausgütlich. „Dürres Fräulein (im Restaurant): Ihr Hund belästigt mich fortwährend, mein Herr; ich möchte sehr bitten . . .“ — „Herr: „Kommt her, Waidl, du kriegst einen andern Knochen!“

Im Wohlthätigkeitsbazar. Herr: „Zwanzig Mark für einen Fuß? Sie haben einen so kleinen Mann, da muß ich für zwanzig Mark zwei haben.“

Wahrsage. Arzt: „Um den Jungen brauchen Sie sich gar keine Sorge machen, der ist zwar mager, hat aber eine gesunde Konstitution.“ — Vater: „Na, was heißt's? Ist's doch nicht in dem Alter war ich schon zweimal in Wartenbad gewesen.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

